

der.

9 Uhr bei Fischer,

Uhr bei Dellinger,

bei Juchstiel.

berbaum 9 Uhr bei

e, Leichstraße.

emann, Deeperstraße.

h Auf 8 1/2 Uhr bei

bei Holz, Restaurant

Abteilung 3, 1/2 9 Uhr

bei Vogt, Hallerweg.

Bedmann, Al. Sowe.

idenau, Deeperstraße.

i Tuxhorn, Bleichstr.

1/2 Uhr.

berlust" bei Sittig,

h Auf 8 1/2 Uhr bei

Uhr bei Sietmann,

nder Adler" 9 Uhr

11 Uhr bei Wirt

8 1/2 Uhr bei Grot-

Uhr bei Mäle.

bei Wirt Müller.

loria" 9 Uhr bei

Auf 9 Uhr bei

Auf 8 1/2 Uhr bei

g 9 Uhr bei Wirt

8 1/2 Uhr bei Wirt

rität" 8 1/2 Uhr bei

rein „Solidarität“

9 Uhr.

rwärts" 9 Uhr.

: Gemischter Chor.

herford.

ind dem Museum

en:

mit Mäse vom

Photographie. König

Karte von Frank-

h und Volbringen

e Bild hat nur 24

Kaisers die ganze

Blatt zum Abschieb

ebemuster früherer

er Webelust von

te r n in Bremer-

on 1898 an, b) Ge-

unsftensmäler des

bank, überreich

ant, u. Mäler,

ummigen Melodien,

meinde: Gedrehte

Geist der Neu-

Totenurne.

i von einem Chi-

von eigentlicher

erf. Ver. für Lei-

treuen 19. Sep-

g des preußischen

mit Berichten über

en.

ur. 6: Sechs ein-

Moßs Leben.

heß Seitengewehr

Alte Kallanten-

erbank vom ver-

alte Schnupftabak-

de Gile, Kunstvoll

Schriften.

schreiben.

Schullehrerbibel,

engl. Werk über

von 1760.

1869.

irne.

Derren Mattheias

aus der Berre-

onurne und eine

er Auguststraße.

ungsblätter von

Der Gabn, die

Demgo).

aus dem Nachlaß

reicht von Herrn

en.

i zum Magazin-

hoffe.

Rupfermünzen.

stünd, Hannover,

318.

Danz.

Annoncenpreis
für Vielsefeld und Umgebung, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erstausgabe
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 18.

Vielsefeld, Freitag, 22. Januar 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom Mittwoch, 20. Jan., 11 Uhr vormittags.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben, Beiler.

Zunächst wird gemäß dem Beschlusse der Geschäftsordnungs-
kommission die Genehmigung zur Verhandlung über die
Widerlage Mehrzins gegen den Abgeordn. Koppich (Fr. Vp.)
vom Abgeordnetenhaus erteilt.

Hierauf wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Seimann (Soz.) (Zunächst auf der Tribüne bei der

Unruhe des Hauses sehr schwer verständlich): Die Einnahmen

des preussischen Staates fließen hauptsächlich aus zwei Quellen,

aus den Einnahmen der staatlichen Betriebe und den Steuern.

Die direkte Besteuerung ist nicht etwa aus der Initiative des

Hauses hervorgegangen, sondern aus dem Zwange der Verhält-

nisse, weil infolge der indirekten Steuern im Reich für Preußen

nicht anderes übrig blieb. Die Gestaltung der Steuer ist denn

im übrigen eine solche, daß der Großgrundbesitz davon den

größten Vorteil hat. (Sehr richtig! rechts.) Von der Wirkung

der Verbrauchssteuern aus den Anfängen der 90er Jahre ist in

Preußen so gut wie nichts zu merken. Die Regierung hat sich

als geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klasse erwie-

sen. An einem Königswort solle man ja nicht drehen und

beurteilen, aber lüß bis ans Herz heran erklärte der frühere

Eisenbahnminister v. Thielen im Jahre 1893, er könnte nicht

bessere Löhne zahlen, denn das würde die Privatindustrie schädi-

gen. Und im Jahre 1908 äußerte sich der jetzige Herr Eisen-

bahnminister in ähnlichem Sinne. Er meinte, die Wünsche der

Eisenbahnarbeiter wären im großen und ganzen erfüllt, vor

allem müsse auf die Privatindustrie Rücksicht genommen werden.

Also die staatlichen Betriebe werden nicht nach dem Wort der

Verbraucher zu „Musterbetrieben“ ausgestaltet. (Sehr wahr!

bei den Soz.) Früher sprach man noch von industriellen Be-

trieben, die dem Eisenbahnbetriebe ähnlich wären. Heute aber

erklärt der Herr Eisenbahnminister schon auf die Verhältnisse

der Landwirtschaft Rücksicht nehmen zu müssen. (Hört, hört!

bei den Soz.) Die Staatsarbeiter unterliegen dabei einem

wirtschaftlichen Zwange, wie ihn kein Privatunternehmer aus-

üben kann. Sie werden ihrer staatsbürgerlichen Rechte unter

Zustimmung dieses Hauses nahezu völlig beraubt. Bei den

Landtagswahlen, wo wir das öffentliche Stimmrecht haben, wer-

den die Arbeiter gezwungen, als Stimmwähler der Regierung zu

dienen. Bei den Reichstagswahlen aber ersichert man ihnen die

Teilnahme, indem man ihnen den Vorkaufsfall nicht erhebt. Die

bezahlten Arbeiter bei der Eisenbahn erhalten einen Durch-

schnittslohn von 1250 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Für

Eisenbahn-Präsidenten aber werden Wohnungen errichtet,

die mit ihrem Einkommen in gar keinen Einklang zu bringen

sind. Verträge über Materialien werden mit mächtigen Unter-

nehmergruppen zu Zeiten hoher Konjunktur auf Jahre hinaus

abgeschlossen, aber für weitere Lohnaufbesserung reichen ange-

blich die Mittel nicht. Auf den einzelnen Arbeiter entfallen bei

der letzten Lohnsteigerung 46 Mark im Jahr, d. h. 80 Pfennig

pro Woche. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Zahl der weiblichen

Arbeiter ist um 27 Prozent gestiegen, und Herr Bubbe hat

seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß er weibliche Arbeiter ein-

stellen will, weil er ihnen billiger Löhne zahlen könne. (Hört, hört!

Ich bin so optimistisch, zu glauben, bis ich eines anderen belehrt

werde, daß auch sie mit dieser Art der Sparmaßnahme nicht ein-

verstanden sind, zumal in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit.

Gibt aber das Haus seinen Willen nicht unambigüen kund, so

wird alles beim alten bleiben, denn zu dem gegenwärtigen Herrn

Eisenbahnminister haben wir nach dieser Richtung wenig Ver-

trauen. In seiner Neujahrsbotschaft in einer Tageszeitung

hat er ja ganz merkwürdige Anschauungen kundgegeben. Er hat

die fürchterliche Arbeitslosigkeit einzig und allein vom Gesichts-

punkt des gestiegenen Unternehmers aus betrachtet, indem er

meinte, der Wirtschaftsförderung bedürfe es einmal der Periode

des Ausruhens. Der Herr Eisenbahnminister hat dabei ganz

übersehen, daß der Arbeiter nicht feiern darf, wenn er nicht

hungern will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für die Zustände

in Preußen bezeichnend ist, daß von je 1000 Haushaltungsvor-

ständen nicht weniger als 877 ein Einkommen unter 1500 Mark

haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei sind die Arbeiter im

Verhältnis zu ihrem Einkommen höher mit direkten und in-

direkten Steuern belastet, als die großen Millionäre. (Hört,

hört!) 1907 betragen die gesamten Staatseinnahmen 625

Millionen. Davon wurden nur 108 Prozent von den großen

Einkommen aufgebracht. (Hört, hört!) Einen so aufgebauten

Etat können wir natürlich ab. Nun sind auch die Gehälter der

unteren Beamten etwas aufgebessert worden infolge der ver-

änderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Natürlich haben die

Beamten den Wunsch, bei dieser Reform, auf die sie jahrelang

verdrößt sind, möglichst gut abzuschneiden. Ich habe mich da-

her gewundert, daß der Herr Finanzminister in so schroffer

Weise, wie er es getan hat, gegen diese Beamten Stellung ge-

nommen hat, die nichts getan haben, als ihr gesetzmäßiges Be-

zugsrecht wahrzunehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich

hoffe, die Beamten werden sich durch solche Drohung in der

Wahrnehmung ihrer Rechte nicht beeinträchtigen lassen. (Sehr

gut! bei den Soz.) Daß der bisherige Ausbau unseres Steuer-

systems kein Ruhmesblatt Preußens ist, wird von keiner Volks-

vertretung bestritten werden können. Dieses hohe Haus ver-

mögen wir allerdings als keine wahre Volksvertretung anzu-

erkennen. Die einzigen, die sich hier wirklich als Volksvertreter

bezeichnen können, sind wir. (Lebhaft Zustimmung bei den Soz.)

Wachen rechts.) Soll es besser werden, so muß an die Wurzel

des Übels die Hand gelegt werden, und die liegt in dem Wahl-

recht. Daß die Parteien, die im Bohe der Macht sind, ihre

Position mit äußerster Rücksichtslosigkeit verteidigen werden,

ist selbstverständlich. Sondern es ist doch nicht nur um die

äußere Machtstellung, sondern auch um die materiellen In-

teressen der herrschenden Klassen. Aber so groß ihre Macht ist,

hemmen können sie den Fortschritt doch nicht. (Sehr gut! bei

den Soz.) Der frühere Minister v. Hammerstein hat einmal

geäußert: Es gibt kein Wahlrecht, das so genau und richtig den

Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt, wie das Drei-

klassenwahlrecht. Ich beweise, daß heute noch ein Minister

diese Behauptung wiederholen würde, nachdem festgestellt ist,

daß 85 Prozent der Bevölkerung bei diesem Wahlrecht voll-

kommen in der Vertretung verschwinden. (Sehr gut! bei den

Soz.) Die Erklärung der Thronrede beweist ja auch, daß mit

dem ursprünglichen starren Festhalten an diesem Wahlrecht ge-

brochen werden soll. Die ersten Schritte werden weitere

folgen und wir werden es an uns nicht fehlen lassen. (Sehr gut!

bei den Soz.) Möge unsere Regierung aus dem Wort des

früheren österreichischen Ministers, Freiherrn v. Gautsch, lernen,

der sagte: Die Regierung ist von der Erkenntnis durchdrungen,

daß keine Regierung sich in grundlegenden Fragen hartnäckig

dem Volkswillen verweigern darf. Das allgemeine Wahlrecht

ist eine staatsverhaltende Maßregel, weil damit weitest Schichten

des Volkes in erhöhtem Maße in dem staatlichen Leben intere-

siert werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Dreiklassenwahl-

recht wird von den breitesten Volksschichten als unerträglich

empfunden. Wenn erst die Mehrheit des Volkes zum Bewußt-

sein seiner Entrechtung gekommen ist, dann hat die letzte Stunde

des Dreiklassenwahlrechts geschlagen, ob Sie wollen oder nicht.

(Bravo! bei den Soz.) In diesem Zusammenhang will ich auf

den Beschluß der Wahlprüfungskommission gegenüber 4 unserer

Wahlen zu sprechen kommen. Diese Wahl soll allein schon aus

dem Grunde für ungültig erklärt werden, weil die Aufstellung

der Listen vom Magistrat in Berlin auf ganz falscher Grundlage

erfolgt ist. Derselbe Herr, der in seiner Eigenschaft als Pro-

tektor und Referent der Kommission diese Stellung vertreten

hat, hat in seiner weiteren Eigenschaft als Mitglied des Ber-

liner Magistrats bei dem Beschluß des Magistrats mitgewirkt.

(Hört, hört! bei den Soz.) Ich möchte bemerken, daß die Ur-

wähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Steuern in

die Wählerlisten einzutragen sind. Der Wahltermin war nun

zu zeitig angesetzt, daß nur die Wähler unter 3000 Mark in

Berlin wählten, welche Steuern sie zu entrichten haben würden.

Die sogenannten Selbstdeklaranten hatten davon noch keine

Ahnung, weil die Einschätzung von der königlichen Veran-

lagungskommission noch nicht herausgekommen war. Daher hat

auch die Regierung in dem Erlaß an den Magistrat verfügt, daß

in allen solchen Fällen, in denen die Einschätzung für 1908 noch

nicht heraus wäre, die Einschätzung von 1907 maßgebend sein

sollte. Der Magistrat konnte also gar nicht anders handeln,

wie er gehandelt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sehen

den Antwort des Magistrats mit voller Ruhe entgegen. Er

erkennt die das Vorgehen des Magistrats für falsch an, so wird

sich ja zeigen, ob Ihr Gerechtigkeitsgefühl so weit gehen wird,

daß Sie alle 12 Berliner Wahlen für ungültig erklären werden,

oder ob Sie diese Antwort benutzen werden, um sich wenigstens

für eine Weise von 4 ungewissen sozialdemokratischen Abge-

ordneten zu befreien. Mit der Legende, als ob etwa nur gegen

die 4 Wahlen, die Sie herausgegriffen haben, ein form- und

fristgerechter Protest eingelegt ist, möchte ich von dieser Stelle

aus ein für allemal brechen. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese

Aussprüche sind den Herren verpönt. Gegen die Wahl des Abg.

Hoffmann ist seitens des Leutenants a. D. Wolf ein form- und

fristgerechter Protest am 3. Juli 1908 eingebracht, wo es u. a.

heißt: „Nach demselben Grunde wäre in Berlin nicht nur die

Wahl im 12. Landtagswahlkreis, sondern in sämtlichen 12 Ber-

liner Wahlkreisen als ungültig zu erklären. (Hört, hört! bei den

Soz.) Die Wahlprüfungskommission des königlichen preussischen

Abgeordnetenhauses bitte ich hierdurch in eine Prüfung einzu-

treten und die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis ev-

nach dem erst angegebenen Grunde auch die Wahl in sämtlichen

Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären. (Abg. Hoffmann

Soz.): Wer anderen eine Grube gräbt! (Heiterkeit.) Der

Abg. Hoffmann hat außerdem in einem eingehenden Brief

an die Wahlprüfungskommission ausdrücklich darauf hingewiesen,

daß ein Protest gegen sämtliche 12 Berliner Wahlen vorliegt.

(Hört, hört!) Hier gilt es also für Sie nicht nur, den Mund zu

ippen, hier muß geübt werden. (Bravo! bei den Soz.) Die

Herren haben uns mit dieser geplanten Aktion den besten Agi-

tationsstoff insbesondere auch gegen das Dreiklassenwahlrecht

gegeben mit seinen inkrustierten Bestimmungen, die ordnungs-

mäßig überhaupt nicht durchzuführen sind, wie wir ihn jünden-

ber für die Massen überhaupt noch nicht gehabt haben. (Leb-

hafte Zustimmung bei den Soz.) Heute ist Preußen noch ein-

geschwächt in der Zwangsjacke einer reaktionär-agrarischen Ge-</

damit du gibst, der Konfessionen. Ich erinnere nur an die Geschichte der Kanalvorlage. 1899 erklärte der König, er sei seit und unerhöchlich entschlossen, daß noch in diesem Jahre der Mittellandkanal gebaut werde. Aber unbeirrt durch alle sonstigen und Ministerdrohungen haben die Konfessionen ihren Willen bei der Krone und der Regierung aufrechterhalten (Sehr wahr! bei den Soz.). Die damals zunächst gemachten Landräte sind bekanntlich die Treue hienausgefallen. Die Rechte hätte nicht zu dieser Macht kommen können, wenn ihr von vornherein ein gleich selbstbewußtes und von dem Willen der Macht erfülltes Bürgerium gegenüber gestanden hätte. Seit Jahrzehnten aber hat das preussische Bürgerium seinen Rückgrat mehr bewiesen. (Sehr wahr! bei den Soz.). Die Mahnung Bieglers, sich zu erfüllen mit dem Trost und der wilden Energie des Junkertums hat das Bürgerium nicht befolgt. Es hat weiter gegeben, wo die Herren der Rechte in einem Häuflein zusammengekauften waren, nicht viel größer, als wir jetzt sind. Damals hatten die Preussischen hier die ausfallende Stellung. Aber wo sind in der Gesetzgebung und Verwaltung davon die Spuren? (Sehr wahr! bei den Soz.). Wie auch heute, so hat das Bürgerium sich auch damals mit schonfälligen Reden begnügt, während die Konfessionen geräuschlos aber um so intensiver gehandelt haben. Das infolge der industriellen Entwicklung immer mächtiger werdende Proletariat zwang das Bürgerium, zwischen der Vertretung der Interessen des Junkertums und des Proletariats zu wählen, und der Klasseninstinkt des Bürgeriums ließ es seinen Augenblick im Zweifel, wohin es sich zu wenden habe. Heute, im Zeichen der Sozialpolitik, haben wir eine rein konervative Herrschaft. Um ihren Schein von Macht zu bewahren, um das Zentrum nicht wieder zum Einfluß kommen zu lassen, sind die Preussischen heute gezwungen, auf die letzten Regungen der Opposition zu verzichten. Die Machtstellung der Herren von der Rechten wirtelt in der Vergangenheit. Unsere Stärke ruht auf der Macht der Millionen, die bislang nur dahingehämmert haben und nicht zum Bewußtsein ihrer Macht gekommen sind. Die Zukunft gehört uns, nicht ihnen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.).

Ministerpräsident v. Rheinbaben: Der Herr Vorredner hat die heterogensten Dinge behandelt, die auch bei der wohlwollenden Interpretation mit dem Etat nicht das Geringste zu tun haben. (Sehr gut! rechts. Unruhe links.) Vielleicht hätte er die Absicht, sich durch seine Rede bei dem hohen Hause in angenehme Erinnerung zu bringen für den Fall, daß der erwähnte Beisatz der Wahlprüfungskommission vom Hause angenommen werden sollte. (Weiter! rechts. Unruhe bei den Soz.) Ich verlaße es mir, auf alle die Dinge einzugehen, die Wohnungreform usw., und auf die durch Sachkenntnis nicht getriebenen Behauptungen, die Regierung habe der Selbstverwaltung mit Haß gegenüber. Aber widersprechen muß ich der Identifizierung der Sozialdemokratie und der Arbeiter. Es ist dem Reichstagler nicht einfallend, ein Ausnahmefall gegen die Arbeiter in Aussicht zu stellen, sondern er hat nur von in Zukunft vielleicht notwendig werden geschlichen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Ich bestreite dem Vorredner das Recht, hier als Anwalt der Arbeiter aufzutreten. Das Gros der Arbeiter steht nicht hinter ihm, sondern hinter der anderen Partei. (Weiter! b. d. Soz. Sehr richtig! rechts.) Ich will nur einige Behauptungen stichwortartig widerlegen, damit die Brunnenvorstellung nicht noch dadurch verstärkt wird, daß man dem Volke sagt, die Regierung habe zu den Angriffen geschwiegen. Unsere ganze Gesetzgebung geht dahin, die leistungsfähigen Schultern mehr zu belasten und die Arbeiter zu entlasten. (Sehr richtig! rechts.) Noch nicht ein Prozent der Bevölkerung bringt 43 Prozent der Steuern auf. Es ist nicht richtig, daß der Posttarif ungünstig auf die Lebenshaltung der Arbeiter einwirkt. Wir haben vor dem Reichstag eine höhere Posttarifreform, als nach ihm. Die Einführung des Postes war notwendig zum Schutze der Landwirtschaft. Ich frage: Was ist wichtiger, ein etwas höherer Getreidepreis oder ein sicherer ausreichender Lohn für die Arbeiter? (Sehr gut! rechts. Unruhe bei den Soz.) Wo haben wir den? (Weiter! rechts.) Ich habe einmal gesagt: Wenn niedrige Getreidepreise die Kaufkraft wären, so wäre Slowenien das glückseligste Land. Wenn die Mandate der Herren laßiert werden, so verdrängen sie es vielleicht einmal in Slowenien. (Große Heiterkeit rechts. Unruhe bei den Soz.). — Die Durchschnittslöhne der Staatsseifenfabriken sind seit 1895 um nicht weniger als 33 Prozent gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Der Durchschnittslohn für gewerbliche Arbeiter ist in den letzten 10 Jahren um 27 Prozent gestiegen, während die Lebensmittelpreise nur um 22 Prozent gestiegen sind, so daß sich ein erhebliches Plus zugunsten der Arbeiter ergibt, was auch der Sozialdemokrat Salwer zugestehen hat. 1895 waren nur acht Millionen der arbeitenden Bevölkerung steuerpflichtig, 1905 15 Millionen. Das Einkommen der kleinen Renten hat sich von 1893 bis 1907 um drei Milliarden erhöht. Das beweist, daß sich die soziale Lage der Arbeiter gehoben hat. (Sehr wahr! rechts.) Der Vorredner sagte, die Regierung sei der geschäftsführenden Ausübung der bestehenden Klassen. Sie ist nicht der geschäftsführenden Ausübung der bestehenden, wohl aber der staatsverhaltenden Klassen, und aus diesem Grunde werden wir auch nicht erlauben in dem Kampfe gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.).

Abg. Dr. Rizer (Pole): Die preussische Oismarkepolitik ist ein unerhörtes Verbrechen. Das Enteignungsgesetz und der Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes werden gegen uns Polen am Ende doch nichts ausrichten. Die Oismarkepolitik ist ein Verbrechen und Verbrechen sind Prämien auf die rechts- und links-Unterdrückung der Polen, die doch ebenso gut Staatsbürger sind wie die Deutschen. Alle die Millionen für die Unschelungskommission könnten gepart werden, und neue Steuern wären überflüssig.

Abg. v. Armin-Büschow (konf.): Von der Forderung einer dauernden Vermittlung von Steuern wird nicht abgegangen werden können. Der Abg. Dr. Wiemer hat Streichung der Gehaltsentlastungen im Interesse der Sparpolitik gewünscht. Diese Gehaltsentlastungen sind aber sehr wichtige Kosten. Der Abg. Wiemer verlangt, daß aktive Beamte nicht Mitglieder dieses Hauses sein sollen. In der Tat aber sind die aktiven Staatsbeamten vermöge ihrer Sachkenntnis ganz unverzichtbar für die Erledigung der Geschäfte des Hauses. Dem warmen Appell des Ministerpräsidenten an uns wegen größerer Sparpolitik können wir nur zustimmen. Es muß aber dahin gestrebt werden, daß in den besseren Jahren mehr Geld für die mageren Jahre angesammelt werden. Es ist ein betrübender Zustand, daß wir jetzt in den Jahren 1907, 1908 und 1909 mit hohen Anleihen hervortreten müssen, wo wir 1904, 1905 und 1906 so gute Jahre hatten. Auch bei den Vermittlungen für Neubauten müssen in den guten Jahren größere Summen eingeleitet werden. In bezug auf das Wahlrecht enthalte ich mich in diesem Stadium jeder Äußerung, da wir ja in wenigen Tagen uns mit einem dementsprechenden Entschluß zu befassen haben. Dann hat der Ministerpräsident bei Besprechung des Falles Schilling den früheren Erlaß erwähnt, nach dem die politischen Beamten die Politik der Regierung zu unterstützen haben. Ich kann mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß wir bei Erörterung dieses Falles auf der rechten Seite des Hauses den Eindruck hatten, als ob der Ministerpräsident seinem Vorredner dem Abg. Dr. Wiemer verhältnismäßig weit entgegengekommen ist. (Zuruf bei den Soz.: Wahlrecht!) Ich will den Fall Schilling jetzt nicht ausgiebig erörtern. Meine politischen Freunde hatten die Absicht, eine Interpellation über diesen Fall einzubringen. Wir sind aber von der Ausführung dieser Absichten zurückgekommen, weil das Verwaltungskriterium noch schwach ist. Wir werden aber bei Beratung des Falles des Innern eine ausgiebige Erörterung und Klarstellung aller dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte hervorzuheben suchen. Die Empfindung habe ich aber doch, daß es nicht ganz zweifellos ist, ob wohl der Regierungsrat bei seinem Vorgehen gegen einen liberalen Bürgermeister auch die nötige Rechnung abgeben hat. Bei den übrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten über das Verhalten der politischen Beamten gehe ich von der Annahme aus, daß er nicht erwartet, daß die politischen Beamten, die Mit-

glieder des Parlaments sind, von ihrem Rechte der freien Meinungsäußerung und der freien Stimmgabe entbunden sind. (Zustimmung.) Es ist noch nicht 10 Jahre her, da war die Regierung leider anderer Ansicht. Da stellte sie Regierungspräsidenten und Landräte ohne Angabe von Gründen zur Disposition. Ich habe aber zum jetzigen Ministerpräsidenten das volle Vertrauen, daß er der letzte sein würde, der eine solche Maßregel wiederholen würde. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Unsere Stellungnahme zu den Verhandlungen über das im „Täglichen Telegraphen“ veröffentlichte Kaiserinterview haben wir in der Erklärung des Gieß-Ausschusses niedergelegt. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie halten wir für derartig dem Gefüge und der Zusammenfassung des preussischen Staates gefährlich, daß wir in jedem Stadium zur nachdrücklichsten Bekämpfung der Sozialdemokratie bereit sind, um diese Bewegung schließlich zum Verschwinden zu bringen. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zuruf bei den Soz.: Er verschwinden Sie!) Erparnisse können wir ohne Mühe durch Vereinfachung des bürokratischen Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerks machen. Der Beamtenlohn, den Herr Bülow gestern erwähnte, darf nicht zu einer Beschränkung der Rede- und Abstimmungsfreiheit der politischen Beamten im Parlament führen. Sonst sind wir mit den Verfügungen des Königs über die politischen Beamten einverstanden, ebenso mit seiner Anschauung, betreffend die liberalen Beamten. Nach neuen Gesetzen wider die Sozialdemokratie wollen wir nicht zurückweichen. Aber gegen die Leute, die Arbeitshilfen an der Arbeit durch Drohungen oder Täuschungen hindern, müssen wir mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen. (Zuruf bei den Soz.: Auch gegen Ausperrungen?) Von den landlichen Verhältnissen haben die Sozialdemokraten keine Ahnung, sie können nicht eine Kuh vom Scheunentor unterheben. (Weiter! rechts.) Unsere Landarbeiter sind königlich und weisen, daß die Sozialdemokraten Feinde unseres Königs sind. (Zuruf bei den Soz.: An ihnen hat er nette Freunde!) Wir sind der rochen der Monarchie und wollen es bleiben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Schmedding (natl.): Wir halten ebenfalls treu zu unserem Monarchen. (Sehr richtig! bei den Natl.) Starre Ablehnung der Nachschäfer durch die Konfessionen kann der Reichsfinanzreform nicht günstig sein. Wenn das Zentrum sich im Reiche isoliert fühlt, so trägt es selbst die Schuld, weil es Religion und Politik vermischt. Gesunde Verhältnisse werden sich einstellen, wenn das Zentrum aufhört, eine latentschmerzliche Partei zu sein. Die Behauptung des Abg. Seemann, daß nur die Sozialdemokraten wahre Volksvertreter seien, ist eine politische Wunderrhetorik. Ich stimme ihm nicht zu. Herr Seemann, der doch Rentner, also Kapitalist ist, hat am wenigsten Recht, aus Volksvertreter auszuspielen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Graf v. Praschma (Nat.): Herr Schmedding hat an uns appelliert, wir möchten unsere religiöse Überzeugung aus unserer politischen Betätigung ausschalten. Darauf kann er lange marteln. Ich bin der Meinung, daß weder Partei- noch andere Grundfächer im politischen Leben aufgegeben werden dürfen. Daher bekämpfen wir gerade die Sozialpolitik, weil sie in der Fälschung von Grundfächern besteht, die sich gegenseitig ausschließen, d. h. weil sie auf der Grundlosigkeit beruht. (Zuruf bei den Natl. und bei den Soz.)

Abg. Fischbeck (Nat.): Mit den jetzigen Darlegungen des Reichsanwalts sind wir im wesentlichen einverstanden. Der Vorredner erinnere sich daran, daß ein unangenehmliches Merkmal des Reichstags die Novemberrevolution war. Wir begrüßen es, daß bei der Reichsfinanzreform die wohlhabenden Kreise herangezogen werden sollen. Das unsere Grundfächer allein bei der Reichsfinanzreform nicht maßgebend sein können, wissen wir. Herr Seemann hat sich sehr ausführlich mit den Verhältnissen der Wahlprüfungskommission befaßt. Dazu wäre wohl noch Zeit gewesen, wenn die Sache an das Haus kam. Die Herren sollten doch zuhören sein, daß sie so schnell beiseite geworfen sind, und daß man sich schon in der ersten Sitzung der Kommission mit ihren Wahlen beschäftigt hat. (Weiter! rechts.) Weiterhin stelle ich fest, daß ich weder zur Zeit der Aufstellung der Wahlprüfungskommission noch zur Zeit der Aufstellung der Wahlprüfungskommission noch zur Zeit der Aufstellung der Wahlprüfungskommission irgend etwas mit den Wahlen in Berlin zu tun hatte. Ich war nicht Deputierter und auch nicht stellvertretender Deputierter. (Zuruf bei den Natl.: Das sage ich auch nicht behauptet.) Das ist ja gerade die ideale Art, daß man nur davon spricht, ich hätte in hervorragendem Maße bei der Sache mitgewirkt. Ich war bei keiner Verhandlung im Reichstag oder sonst dabei, wo über diese Dinge gesprochen oder beschlossen worden ist. Wir ist die ganze Sache überhaupt erst zur Kenntnis gebracht worden, als die Urnahmen erörtert waren, nicht amtlich, sondern privat. Die Sozialdemokraten griffen mit großem Geschrei die Vorfälle in Nixdorf und Schöneberg an und da fragten sich politisch interessierte Leute: Wie ist es denn in Berlin gemacht worden? So wurde der Tatbestand ermittelt. Wir waren allerdings der Meinung, man müsse diese Vorfälle bei den Berliner Wahlen vor die Volksvertretung bringen, um ihre Meinung darüber zu hören, wo Wahlen, die so zustande gekommen sind, wirklich die Meinung des Volkes wiedergeben, ob Leute, die sich ihr Mandat auf die Art machen, daß sie Frauen hindern zur Kandidatur, zu den Gemeindefunktionären, zu den Vätern, und die vor die Frage stellen lassen: Wirtschaftlicher Ruin oder Opfer der inneren Überzeugung — ob solche Leute wert sind, hier als Volksvertreter zu sitzen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Herr Seemann hat heute in ständiger Entrüstung gemacht über Maßnahmen von Lehrern. Dazu haben die Herren kein Recht, die selbst ausfindige Angelegenheiten vor den wirtschaftlichen Ruin bringen. (Zuruf bei den Natl.: Herr Seemann! Wer denunziert Beamte in Berlin?) Der Vorredner hat vor kurzem bei Gelegenheit der Besprechung eines Beschlusses der Wahlprüfungskommission des Reichstags behauptet, daß mit dem Grundgesetz gebrochen wäre, daß allein beherrschende Wahlbeeinflussungen für die Frage der Kammerung der Wahl von Einfluss seien. Dieser Meinung sind wir auch. Bei den Berliner Wahlen handelt es sich um Beeinflussung der Wähler durch die sozialdemokratische Kandidatur. (Sehr richtig! bei den Natl.) Die Partei, die sich brüstet mit dem Grundgesetz, „Gleiches Recht für alle“, müßte die erste sein, die dies Verbrechen als das verächtlichste hinstellt, das überhaupt begangen werden kann. (Sehr gut! rechts. Abg. Seemann: Schaffen Sie uns das geheime Wahlrecht!) Ich kann Ihnen doch nicht das geheime Wahlrecht schaffen. (Große Heiterkeit rechts.) Im Reichstag sind die Sozialdemokraten dafür eingetreten, daß eine Wahl laßiert werde, weil die Stimmzettel zwei Zentimeter zu groß waren. Dasselbe war bei der Wahl des Herrn v. Kollmer der Fall, er hat aber nicht daran gedacht, sein Mandat niederzulegen. Und als Herr Seemann seinerzeit telegraphierte: „Wählt Sabor“, hat etwa da Herr Sabor erklärt, ein Mandat, das mit solchem Mafel behaftet ist, könne er nicht annehmen? (Sehr gut! rechts.) Von der Tatsache, daß auf meinen Antrag hin auch die Wahl meines Vortragsfreundes Reinbader beantragt worden ist, hat der Vorredner heute noch kein Wort zu hören gebracht. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wenn es sich um Anträge gegen sie selbst handelt, ist die Sozialdemokratie so zimperlich, wie eine alte Jungfer. (Weiter! rechts.) Wenn es aber für sie gilt, auf bürgerliche Elemente loszugehen, dann schreit man vor seinem Missetun. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zuruf bei den Soz.: Abg. Seemann: Das ist die Sprache des Hohns, er hat sich erst Courage angeeignet. Präsident v. Kröcher: Ich bitte Herrn Seemann, sich in seinen Äußerungen zu maßigen.) Wir werden nicht so leicht sein, unsere Taktik nach den Maßstäben der Sozialdemokratie einzurichten, sondern einzig und allein nach dem, was wir für recht halten. (Lebhaftes Bravo! bei den Natl.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Seemann (konf.): Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die materiellen Ausführungen des Vorredners eingehen. Wir behalten uns vor, bei der ersten Gelegenheit darauf zurückzukommen. Ich will nun sowohl in meinem Namen wie im Namen meiner Freunde (Präsident v. Kröcher: Das ist nicht persönlich), also nur in meinem Namen mit Entrüstung die Beleidigungen zurückweisen, die Herr Fischbeck geglaubt hat, uns hier entgegenzuschleudern zu dürfen. (Abg. Hoffmann: Er hat sich im Spiegel gesehen. Seiter!)

Abg. Fischbeck (Nat.): Wenn ich persönlich beleidigt worden wäre, so wäre der Herr Präsident wohl eingeladen. Ich habe nur von der Sozialdemokratie gesprochen, nicht von Herrn Seemann persönlich. Große Teile des Staats werden in üblicher Weise der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Anträge auf Veränderung des Tagesablaufs 4 1/2 Uhr.)

Namen mit Entrüstung die Beleidigungen zurückweisen, die Herr Fischbeck geglaubt hat, uns hier entgegenzuschleudern zu dürfen. (Abg. Hoffmann: Er hat sich im Spiegel gesehen. Seiter!)

Große Teile des Staats werden in üblicher Weise der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Anträge auf Veränderung des Tagesablaufs 4 1/2 Uhr.)

Politische Heberst.

Deutsches Reich.

Graf Hompeh gestorben. Berlin, 21. Jan. Der Senior der Zentrumspartei, Graf Hompeh, ist heute vormittag im Alter von 82 1/2 Jahren gestorben. Der Verstorbenen vertrat im Reichstag den vierten Kreis des Regierungsbezirks Minden, Lüneburg. Er wurde bei den letzten Wahlen mit 22 800 gegen 2000 gemäßigten Stimmen gewählt.

Das neue Sozialistengesetz. Berlin, 21. Jan. Wie dem „Berliner Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll in Hoffriesen der Bund bestehen, daß in die Novelle zur Abänderung des Strafgesetzbuches einige Bestimmungen aufgenommen worden, die sich schärfer gegen die Sozialdemokratie richten könnten. Herr Bülow sei — so wird berichtet — der Verwirklichung dieser Wünsche abgeneigt, und er soll seine sehr wenig geschickten Erörterungen gegen die Sozialdemokratie nur vorgebracht haben, um jene Hoffriesen wenigstens einigermaßen aufzuheben zu stellen.

Eine Abgabe der ostpreussischen Junker an Bülow. Danzig, 21. Jan. Der „Danziger Zeitung“ wird aus Danzig gemeldet: Der konservative Provinzialverein für Westpreußen hielt in Danzig seine Jahresversammlung ab. Der Abgeordnete Eidenburg-Jannitsch sprach über die politische Lage und polemisierte scharf gegen die getrigge Rede Bülows im Abgeordnetenhaus. Er erklärte u. a.: Die Rede werde wesentliche Veränderungen der politischen Konstellation und ebenso eine große Veränderung der Stellung der Konfessionen gegenüber dem Reichstag herbeiführen. Die Nachschäfer sei für die Konfessionen unannehmbar. Die Drohungen vom Ministerium würden diesmal nicht mehr zielehen; auch Drohungen mit dem Rücktritt des Königs zielehen nicht mehr, man müsse jetzt Schlussfolgerungen ziehen. Die Abgeordneten müssen mehr als bisher Front machen gegen jedes Kompromiß.

Weiter sagte er: Wir werden schäben vor dem König stehen und vor niemand zurücktreten, nicht vor dem Auslande nicht vor den süddeutschen Demokraten und nicht vor denen, die den Volk auf Brechen übertragen wollen. Weiter schloß er mit Wäldern: Nicht zurück, nach vorne geht! — unter lauten Beifall der Versammlung.

Der Vorsitzende drückte dem Redner den Dank der Versammlung aus und erklärte zum Schluss, daß man diesmal von der früher üblichen Geselligkeit, ein Telegramm an den Reichsanwalt zu schicken, absehen werde, er habe es nicht für angezeigt, da der Reichsanwalt wichtige Fragen in einem Sinne behandelt habe, der zu den konservativen Grundfächern in schroffem Widerspruch stehe.

Städtische Beamte und Sozialdemokratie. Nürnberg, 20. Jan. Im Nürnberger Gemeindefunktionär brachte Genosse Simon die Aufschrift eines städtischen Beamten zur Verlesung, in der ihn dieser bittet, man möge bei der Etat-Beratung dahin wirken, daß die Vorchrift, wonach städtische Beamte und sonstige städtische Angestellte der sozialdemokratischen Partei nicht angestellt dürfen, aufgehoben werde.

Genosse Simon bemerkte hierzu, daraus könne hervorgehen, daß tatsächlich eine solche Einstellungsklausel bestehe. — Er stellte den Antrag, der Magistrat möge ersucht werden, darüber Auskunft zu geben, und wenn die Klausel wirklich — sei es direkt oder indirekt — bestehe, sie schleunigst aufzuheben. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der National-liberalen angenommen.

Das Wahlrecht in Sachsen. Dresden, 21. Jan. Die Gesetzgebungsdeputation der zweiten Kammer empfiehlt die Annahme des von der ersten Kammer beschlossenen Wahlgesetzes. Der Bericht ist von sämtlichen Mitgliedern der konfessionellen und national-liberalen Partei unterzeichnet, so daß an dem Zustandekommen der Zweidrittel-Majorität nicht zu zweifeln ist. Morgen, Freitag, findet die Verhandlung im Plenum der zweiten Kammer statt.

Von den am Sonntag verhafteten Demonstranten wurden zwei vor die Gerichte gestellt. Von den übrigen vorläufig festgehaltenen ist noch nichts bekannt geworden.

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission bewilligte am Mittwoch bei Beratung des außerordentlichen Etats des Reichsanwalts die Beratung der vier Millionen Mark für den Bau von kleinen Wohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte. — Eine Petition der Grundbesitzer rüerte gegen diesen Antrag wurde auf Antrag Singers, der den Einspruch der Hausbesitzer scharf brandmarkte, durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt. Lange Erörterungen fanden statt über den Erweiterungsbau des Nordbahnhofes. Es sind dafür schon im Jahre 1907 fünfzehn Millionen Mark und 1908 zwanzig Millionen Mark bewilligt. Vorausgeschätzt wurden bis Ende September 1908 jedoch erst 5 Millionen Mark. Bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1909 sollen insgesamt 45 Millionen Mark verbraucht werden. In den vorhandenen 30 Millionen Mark werden für 1909 noch mehr 10 Millionen gefordert. — Es wurde darüber debattiert, wie der Preissteigerung der Grundbesitzer entgegengetreten werden könne. Singer betonte, man hätte rechtzeitig das Enteignungsgesetz ändern sollen; jetzt wird man sich damit abfinden müssen, daß den Grundbesitzern unerbittlich hohe Summen zu zahlen. Auf einen Antrag Singers wurde mitgeteilt, daß für die beim Bau beschäftigten Arbeiter weitgehende Fürsorge getroffen werde. In erster Linie sind Deutsche zu beschäftigen, jedoch sind Ausländer nicht grundsätzlich auszuschließen. Zu ihrer Beschäftigung muß aber die Genehmigung der Behörde eingeholt werden. Lohnrückstellungen darf die Beschäftigung von Ausländern keinesfalls zur Folge haben. — Gegen die Pläne der Regierung in bezug auf Brücken- und Eisenbahnbauten wurde lebhaft Einspruch erhoben. Die Regierung soll 40 Millionen Mark zuviel gefordert haben.

Die Finanzkommission beriet heute den Gehaltswert, die Brantweinsteuer betreffend. Der Referent, Abg. Weber (natl.) sprach mit seinem Wort über den Entwurf. Dagegen sprach er sich abfällig über die Petitionen aus. Der Korreferent Schweiß (natl.) sprach dagegen über den Entwurf. Dem Staate gingen viele Millionen Mark verloren durch das jetzige Brantweinmonopol, das Konfessionen und Liebesgaben für die Konfessionen enthalte. Der Redner erklärte, er sei prinzipieller Gegner des Monopols und sagte, daß großer Unwille über die Spiritus-Kontrolle vorhanden sei. — Später (Natl.) sprach ebenfalls gegen das Monopol, das einen hohen Preis des Brantweins bringen werde. — Der Ministerdirektor Bülow erklärte, ein Festhalten an der Kontingentierung der Brantweinmonopole sei nötig. — Darauf brachte Abg. Sped im Namen des Zentrums folgende Resolution ein: „Die Kommission wolle für den Fall der Ablehnung des § 1 des Entwurfs eines Gesetzes über den Ausschlaghandel des Reichs mit Brantwein die Weiterberatung dieses Gesetzesentwurfes aussetzen und beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen, unter Aufhebung der Ausschlagsteuer, der Material- und der Brantweinsteuer und unter gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Verbrauchsabgabe ein höheres finanzielles Er-

trägnis aus der Brantweinsteuer erzielt werden könne, und die staatliche Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Abg. v. Camp meinte, namentlich die staatliche Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Weiter stellten die Abgeordneten die Beschlüsse des Reichstages über den Brantwein fest. Der Reichstag hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Die Budgetkommission hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Die Budgetkommission hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Das Schöne.

Das Schöne hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Darauf antwortet der Reichstag, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Ausschluß der Tagesordnung.

Die Tagesordnung hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Die Tagesordnung hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Die Tagesordnung hat beschlossen, die Brantweinsteuer auf den Brantwein zu erhöhen, sowie auch der Brantwein in einzelnen Brantweinarten unter Wahrung der den Konsumenten zu gewährenden Vorteile.

Marokkanische.

Madrid, 21. Jan. angeblich authentische Land ausunten der

schleudern, die
Regel gegeben.
belegte
nicht von
der Zeitge-
tag 12 Uhr.
des Jan.

Der Senior
vormittag im
e vertrat im
Waden,
mit 22800
Wie dem
mitgeteilt
die Novelle
mungen auf-
abdemokratie
— der
seine sehr
ipokratie nur
ingermassen

Danzig.
Danzig ge-
Wesprecher
er Abgeord-
Lage und im
Abgeord-
entliche Ven-
eine große
über dem
sei für die
in Minister-
erungen mit
a müsse sich
mehr als
König stehen
de nicht vor
de den Wlad
mit Wlad:
Weiß der

er Veramm-
mal von der
den Reichs-
angezeigt,
behandelt
stem Wider-

urnberg,
chte Genosse
Berleitung, in
tation dahin
und sonstige
nicht an-
e hervorzu-
belieben. —
cht werden,
wirklich —
aufzuheben.
National-
an. Die
blut die An-
Babgleiche,
onferativen
sch an dem
weisen ist.
Bleum der

ten wurden
a vorläufig

ittwoch bei
amtes des
einen Wob-
e. — Eine
trag wurde
über idarf
g erlebte.
terungsau
1907 fühl-
Markt be-
1908 jedoch
unugsabres
werden.
r 1909 noch
debattiert,
ret-n ner-
das Entge-
it abfinden
ummen zu-
t, das für
fürjorge ge-
schäftigen.
e. Au
er Behörde
tigung von
Pläne der
uten wurde
Millionen

Geigent-
rent, Abg.
Entwurf,
aus. Der
gegen über
Markt ver-
tionen and
er erklärte,
das großer
— Spe-
inen hohen
Ministerial-
agentierung
achte Abg.
on ein:
des § 1
des Reichs
wurde aus-
gen zu er-
egen, durch
Material-
hender Er-
elles Ge-

tragnis aus der Branntweinbesteuerung sichergestellt wird unter
geeigneter Berücksichtigung der Interessen der landwirtschaft-
lichen, sowie auch der kleineren und mittleren Brennereien und
auch der in einzelnen Teilen des Reiches bei Herstellung des
Branntweins erwachsenen höheren Produktionskosten, sowie
unter Wahrung der den süddeutschen Staaten zugehenden Vie-
servatredite

Abg. v. Camp meint, der Grundgedanke des Entwurfs solle
erhalten werden, nämlich: Die Konzentrierung der Brennerei
und die staatliche Verweisung des Preises für Branntwein. Ein
Rückgang des Konsums sei noch dem Gesetz unaussprechlich. Er
trag für eine Subkommission oder für eine engere, vertrauliche
Besprechung ein. Abg. Weber sprach sich in demselben Sinne
aus. Genosse Sudekum erklärte: Die Annahme des Mono-
pols schiene ausgeschlossen. Er polemisierte gegen Weber und
Camp. Die Spirituszentrale sei am Ende ihres Lebens und
müsse zusammenbrechen. Der Entwurf bedeute eine Verewigung
der Privilegien der Schnapsbrenner. — Schachsekretär Sndow
äußerte Bedenken gegen die Ausführungen des Antrages. Sped.
ebenfalls der Abg. Lieberich, der dem Zentrum eine Verringerung
der Resolution vorschlug. Das Zentrum änderte daraufhin
seine Resolution, indem es beantragte, nicht dem Reichstage solle
ein Gesetzentwurf vorgelegt, sondern es solle eine Subkommission
eingesetzt werden, die einen der Resolution entsprechenden Geset-
zentwurf ausarbeite. — Am Schluß sprach der Abg. Götthe in,
der aber wegen des Beginns des Plenums seine Rede abbrechen
müßte; es trat also Veragung der Beratungen ein.

Weiter stellten die Abg. Rühr. v. Camp, Rühr. Sahlfeld, Dr.
Waber, Sieg und Buchholz sowie Dr. Baadte folgenden Antrag:
Dem § 1 folgenden Zusatz zu geben: Die weitere Verarbeitung
des Branntweins aus Trunkbranntwein und der Handel mit
solchem wird ausschließlich der Privat-Industrie überlassen.

Aus dem Landtag.

Die Budgetkommission des preussischen Ab-
geordnetenhauses hat heute zur zweiten Lesung der
Steuerergänzungsgesetze zusammen. Die Gesellschaftsteuer ist sowohl von
der Regierung als von den Konserverativen fallen gelassen.
Statt dessen beantragten die Konserverativen der Bedarf zu decken
durch Zuschläge zur Einkommensteuer und zwar bereits von dem
Einkommen von 9000 M. an. Außerdem sollen aus einer Erhöhung
der Stempelsteuer, besonders der Stempel auf Errichtung von
Alliengeseilschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung
— 15 Millionen aufgebracht werden. Ähnlich lautet ein frei-
konserverativer Antrag. Der Unterschied zwischen beiden Anträgen
ist der, daß die Konserverativen die Zuschläge dauernd, die frei-
konserverativen nur vorübergehend bewilligen wollen. Die Re-
gierung stellt sich im wesentlichen auf den Boden des konser-
vativen Antrages.

Nach dem bisherigen Verlaufe der Debatte ist als sicher an-
zunehmen, daß die Kommission beschließen wird, die Einkommen
von mehr als 1200 M. mit Zuschlägen zu belasten; auf die Zu-
schläge auf Einkommen von 900 bis 1200 M. wird man ver-
zichten.

Die Gemeindefiskalmission des preussischen
Abgeordnetenhauses beriet heute die Vorlage über die
Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten. Die Debatte
dreht sich im wesentlichen um den von sozialdemokratischer und
freikonservativer Seite eingebrachten Antrag auf Verringerung des
Privilegs der Lehrer und Geistlichen.

Der Antrag wurde von der Regierung heftig bekämpft; seine
Ablehnung ist so gut wie sicher.

Das Schreckenskind des Zentrums.

Das allzu stark entwickelte Selbstbewußtsein des Herrn
Matthias Erzberger bereitet den Zentrumsstrategen eine Ver-
legenheit nach der anderen. Auf die von einigen Zentrums-
blättern ausgesprochene Ansicht, daß er allzu schreib- und
redselig sei, veröffentlicht der obdieses Vorwurfs tief getränkte
Zentrums-Beitrag mit folgender Erklärung:

„Einige Zentrumsblätter halten es für geboten, sich zur
Freude der Gegner in Angriffen auf meine Person zu ergeben.
Der Grundton dieser Ausstellungen ist, daß ich mich als Abge-
ordneter und Journalist zu eifrig betätige. Daß treue Pflicht-
erfüllung jemandem zum Vorwurf gemacht wird, ist eine neue
Erfindung innerhalb des Zentrums. Aber ich lasse mich in eine
Presserörterung über die Angriffe, die auf solchen Voraus-
setzungen oder unrichtigen Informationen beruhen, nicht ein.
Da unsere Partei keinen Vorteil hiervon haben würde. Ich
kann nur erklären, daß ich auch künftighin, und unbekümmert um diese
Ausstellungen, meine Pflicht erfüllen und so handeln werde, wie
ich es im Interesse des Vaterlandes und der Partei für geboten
erachte.“

Darauf antwortet die neuerdings auf strenge Sittsamkeit
haltende „Kölnische Volkszeitung“:

„Kein Mensch hat daran gedacht, den parlamentarischen oder
journalistischen Eifer des Abg. Erzberger an sich zu tabeln. Ein
solches Mißverständnis ist für jeden unbefangenen Leser speziell
der bezüglichen Artikel der „Köln. Volkszeitung“ ganz ausgeschlossen.
Wir haben lediglich zum Ausdruck gebracht, daß die Tätigkeit,
insbesondere die journalistische Tätigkeit des Herrn Abg. Erz-
berger nach einer gewissen Richtung hin Anlaß zu Bedenken
gibt, und daß manche Beurteilungen, wie z. B. in dem genannten,
bisher nicht dementierten Interview, besser unterblieben wären.
Daran haben wir einige Betrachtungen geknüpft, die einzig und
allein von unserem Interesse für die Gesinnungspartei des Zen-
trums diktiert waren, die nach unserer Überzeugung aber auch
im wohlverstandenen Interesse des Herrn Abgeordneten Erz-
berger selbst lagen.“

Eine Beilage wurde von der „Köln. Volkszeitung“ das naive
stumpfsinnige Draufgängerium des Herrn Erzberger sehr gerne
gelesen; seit er aber der Annäherung des Zentrums an die
Konserverativen im Wege steht, empfindet man in Köln keine
retorische Diatribe als unästhetisch.

Ausschluß der sozialdemokratischen Stadtverord- neten aus den Kommissionen.

Kiel, 20. Januar. Am Dienstagabend wurden
die im November v. J. gewählten sozialdemokratischen Stadt-
verordneten in ihr Amt eingeführt — bis auf einen, dessen Man-
dat von der bürgerlichen Mehrheit in einer früheren Versamm-
lung der Stadtverordneten beanstandet worden ist.

Die Sozialdemokratie hat jetzt zehn von den dreißig Kieler
Stadtverordneten-Sitzen inne. Die bürgerliche Mehrheit war
aber unzufrieden genug, ihnen in der Stadtverordnetenver-
sammlung am Dienstagabend den ihrer Zahl entsprechenden
Einfluß in den Kommissionen nicht zu gewähren. Von 142 zu
besprechenden Kommissionsanträgen konnten die Sozialdemokraten
— mit Rücksicht auf die Zahl ihrer Vertreter — 47 beantragen.
Die bürgerliche Mehrheit wollte ihnen aber nur 22 zugestehen.
Verschlungen wurde dieser Gewalttat noch dadurch, daß die
Sozialdemokraten einigen der wichtigsten Kommissionen, näm-
lich der Rammerei, der Theater-Kommission und dem Senioren-
konvent keine Vertretung haben sollte.

Die sozialdemokratischen Vertreter griffen angesichts dieser
Unbilligkeit zur Obstruktion. Sie beantragten für die
Stadtverordneten-Vorleseversammlung, sowie für einige Kommissions-
wahlen Stimmzetteln. Dadurch wurde der bisher in Kiel
einzig bestehende Fall geschaffen, daß die beiden Stadtverord-
neten-Vorleser eine Stimme weniger erhielten als die Hälfte
der gleichmäßigen Zahl der Stadtverordneten.

Durch die immerhin noch milde geführte Obstruktion wurde
die Sitzung sehr in die Länge gezogen, aber doch mit dem Er-
folge, daß unsere Genossen noch je einen Sitz in der Theater-
Kommission und im Senioren-Konvent erhielten, außerdem noch
in mehreren anderen Kommissionen.

Marokkanische Entente zwischen Frankreich und Deutschland.

Madrid, 21. Jan. Das Abendblatt „Mundo“ bringt eine
angeblich authentische Information aus Berlin, wonach Deutsch-
land amnichten der Freiheit des französischen Vorgehens in

Marokko auf jede aktive bortige Politik verzichte. Die Basis
des französisch-deutschen Übereinkommens bilden wirtschaftliche
Zugehörigkeiten in Marokko an Deutschland. Das auswärtige
Amt habe die Presse für den Verhörsplan gewonnen und
die Einstellung der gegenseitigen Polemik bestimmt.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser und Sozialdemokrat. Wien, 21. Jan. Bei dem
Empfange des neuen Präsidiums des Abgeordnetenhauses durch
den Kaiser sprach dieser mit dem sozialistischen Vizepräsidenten
Bernstorff über die Tätigkeit der Ausschüsse und verwies
auf die großen der Erledigung harrenden Aufgaben, wie die
Eisenbahnverstaatlichung und das Gesetz über die soziale Ver-
sicherung.

Das Gesprächsthema mit unserem Genossen hat sich Franz
Joseph sehr geschickt gewählt, resp. ist es ihm ausgewählt wor-
den. Vielleicht erdachten wir noch, was Bernstorff ihm ge-
antwortet hat. Wir fürchten, übrigens nicht, daß Bernstorff
von dieser Begegnung mit einem selbständigen Souverän Schaden
nehmen wird, und nehmen das Gleiche auch von Franz Joseph
hinichtlich einer Abföhrung vom roten Bernstorff an. Auch
für Wilhelm II. könnte nur richtiges soziales Verständnis aus
solcher Zusammenkunft die Folge sein.

Türkei.

Die Reaktion an der Arbeit. London, 21. Jan. Der
Korrespondent der „Daily Mail“ in Konstantinopel berichtet
seinem Blatte von der Aufhebung einer Versöhrung. Es
handelt sich um eine angeblich weiterverbreitete Versöhrung zum
Sturze des Parlaments und der Konstitution und Wiederer-
führung reaktionärer Verhältnisse in der Türkei.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 22. Januar.

— Holzarbeiterverband. Die Arbeiterlosen- und Kranken-
unterstützung wird für diese Woche am Sonnabend, vormittags
von 10 bis 12 Uhr, ausbezahlt. Abends bleibt das Bureau ge-
schlossen. — Es sind noch einige Fragebogen abzuliefern. Wir
erwarten, daß dieses bis zur Verwaltungssitzung am Montag,
abends 7 Uhr, geschehen wird.

— Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns ge-
schrieben: Verbart Hauptmanns deutsches Märchenrama „Die
perlungte Glode“ wird morgen (Sonnabend) zu kleinen Prei-
sen gegeben. In der Aufführung von „Madame Sans-Gêne“
am Sonntag spielt Frä. Welly Stollberg die Rolle der Catho-
rine. Montag gastiert Maria Rehof mit eigenem Ensemble.
Die Künstlerin spielt die Helga in Eon Vanges Schauspiel „Die
füllen Stuben“. Am 15. d. M. gastierte das Ensemble mit
diesem hochinteressanten Wert am Deutschen Theater in
Hannover.

— Durchgegangen ist gestern Abend auf der Bleichstraße zum
Wiederholten Male das Pferd der Firma Harry Dreyer hier.
Das schone Tier galoppierte mit dem beladenen Wagen die
Straße entlang. Beim Einbiegen in die Kaiserstraße stürzte
das Gefährt um. Dabei wurde der Führer des Gespanns Otto
Leib zu Boden geschleudert. Er blieb bewußtlos liegen und
trug mehrere Verletzungen davon. Von der städtischen Feuer-
wache wurde ihm ein Notverband angelegt. Pferd und Wagen
blieben unversehrt.

Versammlungen.

Bielefeld, Sonntag, den 24. Jan., morgens 10 Uhr, in der
Centralhalle. Arbeiter-Sängerbund, Bezirk

Bielefeld. General-Versammlung.

Bielefeld, Sonnabend, den 23. Jan., abends 8½ Uhr, bei

Apfenbrin. Soz. Verein, 9. Bezirk. Besprechung.

Bielefeld, Sonntag, den 24. Jan., vorm. 10 Uhr, im Restaurant

Stadt Bielefeld. Besprechung der Gewerbe- und

Handwerkskammer. Besprechung.

Schilfde. Sonnabend, den 23. Jan., abends 8½ Uhr, bei

Rüder. Soz. Verein. Besprechung.

Schilfde. Sonntag, den 24. Jan., vorm. 10 Uhr, bei Lüding.

Haus für Arbeiterverband. General-Versamm-
lung.

Brackde. Sonnabend, den 23. Jan., abends, direkt nach

Schluß der Arbeitszeit bei Schröder. Soz. Verein. Be-
sprechung.

Serford. Sonntag, den 24. Jan., in Brodmanns Berggarten.

Winterfest der Gewerkschaften.

Serford. Sonntag, den 24. Jan., bei Collbrunn. General-
versammlung der Turngenossen.

Bünde. Sonnabend, den 23. Jan., abends 7½ Uhr, bei Rübel.

Holzarbeiterverband. Mitgliederversammlung.

Bünde. Sonntag, den 24. Jan., nachm. 4 Uhr, bei Rübel.

Soz. Verein. Bezirkskonferenz der Ortsgruppen von

Bünde und Umgegend.

Bünde. Sonntag, den 24. Jan., nachm. 4 Uhr, im „Stadt-
garten“. Theater-Aufführung des Gewerlich-
Kartells. „Maria Stuart“.

Ennigloh. Sonnabend, den 23. Jan., abends 9 Uhr, bei Rübel

(Winkel). Soz. Verein. Mitgliederversammlung. Kon-
stituierung der Ortsgruppe Ennigloh.

Winden. Sonntag, 24. Januar, abends 7 Uhr, in der Central-
halle. Versammlung aller dem Gewerlich-
kartell angeschlossenen Gewerkschaften.

Barthhausen. Sonntag, 24. Januar, abends 7 Uhr, bei Arns-
meier. Parteiversammlung. T.D.: „Die Gemein-
devertretung und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft.“

Reisert. Genosse Hoffmann-Bielefeld.

Hübberde. Sonnabend, den 23. Jan., abends 9 Uhr, bei Baum-
meister. Soz. Verein. Mitgliederversammlung.

Burgheinfurt. Sonntag, den 24. Jan., nachm. 4 Uhr, bei

Arning. Volksversammlung. Tages-Ordnung:

„Die Ereignisse in der letzten Stadtverordneten-Sitzung.“

* Bate, 22. Jan. Boykott. Auf Antrag einiger Mit-
glieder des Radfahrervereins Miße fand dieser Tage eine Be-
sprechung mit Herrn Wirt Rüggefel statt. Es sollte noch ein-
mal verhandelt werden, eine Einigung zu erzielen. Das Resultat
der Unterredung, welches von den leitenden Genossen am Orte
vorausgesetzt wurde, war gleich Null. Rüggefel hat die Ar-
beiter nicht nötig, hat er doch den Kriegerverein und die „Sän-
gerwarte“. Die leitenden Genossen gaben zu der Besprechung
auch nur deswegen ihre Zustimmung, um einigen Mitgliedern
der bürgerlichen Vereine zu zeigen, daß nicht sie es sind, die den
Frieden mit Rüggefel nicht wollen, wie in letzter Zeit mehrfach
laut wurde. Rüggefel Mitgliedern wurde der Geßel getan,
höfentlich sind sie nun luriert. Es liegt nun an den Arbeitern
von Bate und Miße, ihre einzige Waffe, den Boykott, mit ver-
schärfter Wucht zu gebrauchen. An dieser Stelle sei auch an-
gemeldet, daß die Arbeiterfreundliche Verhältnisse einer Anzahl
Herforder Arbeiter hingewiesen, die als Mitglieder von
Herforder Gesangsvereinen es sich nicht verlagten können, bei
Festlichkeiten, welche von der „Sängerwarte“ bei Rüggefel ver-
anstaltet werden, diesem den Saal zu füllen. Wir haben dar-
unter Leute gesehen, die in Herford als organisierte Kollegen
bekannt sind. An diese wenden wir uns und appellieren an ihr
Solidaritätsgefühl. Da auch am nächsten Sonntag wieder eine
Festlichkeit von genanntem Verein bei Rüggefel veranstaltet
wird, rufen wir den Herforder Arbeiter zu: Bleibt in Her-
ford, damit unterstützt ihr uns in unserem gerechten Kampf.

* Serford, 22. Jan. Winterfest der vereinigten
Gewerkschaften. Laut Beschluß des Gewerkschaftsrates
sind nicht mehr wie früher vier, sondern nur noch zwei Ge-
werkschaftsfeste statt, und zwar das im Sommer mit dem
Schützenfest zusammenfallende Sommerfest und ein Winterfest.
Das Kartell hat nun weder Mühe noch Kosten gescheut, das
Winterfest so inbaltreich wie möglich zu gestalten. Der Ein-
trittspreis ist um die Hälfte niedriger gesetzt (25 Pfg. a Person,
eine Dame frei), um auch den verbeiraten Gewerkschafts-
kollegen die Teilnahme am Feste zu ermöglichen. Es wird des-

halb ein dem Charakter des Festes entsprechender Besuch er-
wartet.

* Niehe, 21. Jan. Zur Flugblattverbreitung
am Sonntag, den 24. Jan., nachm. ½2 Uhr, mögen sich die Ge-
nossen bei Köpfe einfinden. Da die Sache bringen und nicht
mehr aufzuschieben ist, ist das Erscheinen aller Genossen er-
forderlich.

* Rübbede, 22. Jan. Am Sonntag, 24. Januar, von morgens
9 Uhr ab, im Lokale des Herrn Baumeister: Rechtsaus-
kunftsstunde.

Vermischtes.

Selbstmord. Berlin, 21. Jan. Heute mittag wurde in
einem Wäldchen in Wannsee die Leiche der 21jährigen Nina
Weg aufgefunden. Die Dienstadt auf den Ingenieur von Köllner-
Banner in der Rubensstraße eine Revoloveranschlag unternommen
hätte. Die Tote wies eine Schußwunde an der rechten Schläfe
auf.

Mord. Rottbus, 21. Jan. Ein brutaler Mord ist heute
nachts in der Nähe von Rottbus verübt worden. Auf dem Ritter-
gut Leuten bei Rottbus wehte bei dem Inspektor Rouleaux dessen
Nichte Frida Röhrich zum Besuch. Als heute morgen die jungen
Schweizer zur Arbeit antraten und die sonst zur Verjüngung
bereitsstehenden Milchkannen abholen wollten, fanden sie das
16jährige Mädchen mit durchschnittenem Kehle im Keller des
Wirtschaftsgebäudes tot auf. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede
Spur.

Feuersbrunst in einer Zellulosefabrik. Leipzig, 21. Jan.
Die Zellulosewarenfabrik von Angermann u. Co. in Leipzig-
Blagwitz ist heute vormittag durch eine Feuersbrunst vollständig
zerstört worden. Das Feuer, welches im zweiten Stock zum
Ausbruch kam, verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß
die Arbeiter sich nur mit größter Mühe ins Freie retten
konnten. Das Barriere ist zwar erhalten geblieben, jedoch wur-
den die darin aufgestellten Waren vernichtet.

Mord und Selbstmord. Karlsruhe, 21. Jan. Der
russische Student Reichsalky erschoss gestern Abend seine Ge-
liebte, die Violoncellführerin Theresie Vogel, und tödete sich
dann selbst, weil Frau Vogel das Verhältnis lösen wollte.

Ein Einbruch bei Vollmar. München, 21. Jan. Hier
wurde ein in der Nähe von Kreuth verhafteter Gauner ein-
geliefert, der unter dem dringenden Verdacht steht, den Einbruch
in das Anwesen des Abg. v. Vollmar begangen zu haben. Aus
seinen Papieren geht hervor, daß er in Wöhrnen beheimatet ist
und dem Freiherrenstande angehört, sowie daß sein Vater ange-
hlich Majoratsbesitzer in Hannover ist.

Erdbeben. Baja, 21. Jan. Heute morgen 2 Uhr fand hier
ein heftiges Erdbeben statt, welches jedoch keinen nennenswerten
Schaden anrichtete.

Konstantinopel, 21. Jan. Nach einer bei der Porte
eingegangenen Depesche wurden in Rhodien durch das Erdbeben
679 Häuser zerstört.

Die Unterhaltung der Opfer der Erdbebenkatastrophe. Rom,
21. Jan. „Popolo Romano“ schreibt, daß circa 130 000 Ueber-
lebende der Erdbebenkatastrophe ausbleiblich von der öffent-
lichen Mildthätigkeit leben, was einen Kostenaufwand von täglich
über 200 000 Lire erfordert. Das Blatt erklärt, daß solche Lage
auf die Dauer unhaltbar und gefährlich sei. Es sei an der Zeit,
daß die Behörden und auch die Bevölkerung an die Auf-
räumungsarbeiten herantraten; dies liege im Interesse der
öffentlichen Ordnung. — Eine Anzahl Abgeordnete, Mitglieder
aller Parteien, werden in den nächsten Tagen nach Messina ab-
reisen, um an Ort und Stelle zu prüfen, auf welche Weise die
Anräumungsarbeiten sowie die Unterstüßung der Notleidenden
zu handhaben ist.

Wieder ein Lebender gefunden. Messina, 21. Jan. Die
Rettungsmannschaften entdeckten beim Aufräumen der Trümmer
des Corio Vittorio neben zwei Leichen einen noch lebenden
Mann, welcher mit größter Vorsicht ins Spital gebracht wurde.
Man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

Das Befinden der Königin. Rom, 21. Jan. Wie verlautet,
ist Königin Helena infolge eines Sturzes im Spital beim Be-
suche der Kranken sehr leidend. Die Schmerzen, welche sie an
der Brust verspürt, nehmen täglich zu.

Riesenbrand. London, 21. Jan. Ein Riesenbrand
müdete in den großen Lagerräumen des Pelzhändlerverbandes.
Das Feuer griff so schnell um sich, daß innerhalb einer halben
Stunde für eine Million Pelzwaren verbrannten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Jan. Der Staatssekretär Dernburg hielt gestern
Abend auf Einladung der deutschen Kolonialgesellschaft im
großen Sitzungssaal des Reichstags den seit längerer Zeit an-
gekündigten Vortrag über seine südwestafrikanischen Eindrücke,
zu dem auch das Kaiserpaar erschienen war.

Landesberg, 22. Jan. Bei einem verwegenen Fluchtversuch
erlitt in der Nähe von Dühringhof an der Ostbahn ein Arrestant
schwere Verletzungen. Er sollte ins Bromberger Gefängnis ein-
geliefert werden und sprang vom Zuge Berlin-Schneidemühl ab.
Der Transporteur und ein zufällig im Zuge anwesender Heiser
sprangen dem Flüchtling nach. Beide wurden ebenfalls schwer
verletzt. Der Flüchtling wurde verhaftet.

Breslau, 22. Jan. Die Strafkammer verurteilte nach zwei-
tägiger Verhandlung den Kaufmann Walter Wenzel, der In-
haber eines hiesigen Wanzengeschäfts war, wegen Betrugs und Un-
treue zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.
Rom, 22. Jan. Die Präparate des Meßineler Universitäts-
professors San Felice, der bekanntlich ein Krebssternum erlitten
zu haben behauptet, wurden gestern in Messina unterseht vor-
gefunden.

Wien, 22. Jan. Der Reichsratsabgeordnete Graf Jaroslaw
Thun, der gestern vom Kaiser in Audienz empfangen wurde, er-
zählte im Abgeordnetenhaus, der Kaiser habe geäußert: Ich
habe heute das Präsidium des Abgeordnetenhauses empfangen.
Auch Herr Bernstorff hat mir die Ehre geschenkt. Es freut
mich, daß Bernstorff so lieb mit mir war! — Da Bern-
storff Sozialdemokrat ist, so hielt man die Meinung für ein
Scherzwort des Grafen. Dieser versicherte aber, daß das Wort
vom Kaiser selbst gemacht worden sei.

Wien, 22. Jan. Das Protokoll über die Einigung mit der
Afrikie enthält zwei Geheimpunkte. Von diesen soll sich der erste
auf das österreichische Protokoll über die Katholiken in Alba-
nien, der zweite auf die gemeinsame Vertreibung des Sand-
schaks von Kordibazar gegen Serbien und Montenegro beziehen.
Drei der bekannt gegebenen Punkte des Protokolls wurden von
der Afrikie erst noch hinzugefügt, so daß sich vielleicht neue Ver-
handlungen daran knüpfen werden.

London, 22. Jan. Aus Moskau wird telegraphiert, daß
die Sumplawine bis Kilmore weiter vordringt und ein Farm-
haus nach dem anderen verdrängt. Der Fortschritt der Lavine
ist von dumpfem Getöse begleitet. Der angedeutete Schaden
gleichet einem Erdbeben, da die mit 12 Fuß hohem Morast be-
deckten Dächer und Häuser auf immer verloren sind. Viele
Familien sind obdachlos.

Konstantinopel, 22. Jan. Ueber das vorgestrichene Erdbeben in
Kleinasiien werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Erd-
beben erstreckt sich von Chios und Smyrna bis nach Rhodien.
Smyrna selbst ist wenig betroffen. Der erste Stoß erfolgte
morgens 6 Uhr, im ganzen erfolgten sechs Stöße. In Rhodien
wurden bisher acht Tote unter den Trümmern herbeigezogen.
Das Dorf Scedor ist gänzlich zerstört. Die Verluste an
Menschenleben sind noch nicht festgestellt. Im Kreise Menemen
wurden 16 Häuser zerstört, zwei Personen getötet und fünf ver-
wundet. Im Orte Kusfoi wurden 60 Häuser zerstört. Einzel-
heiten fehlen noch. In Rhodien herrscht große Not. Auch aus
vielen Orten des Vilajets Kasamun werden Erdbeben ge-
meldet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Bödiker, beide in Bielefeld.

Inventur-Verkauf.

Nach beendeter Inventur gelangen

die **Reste u. Restbestände**

sämtlicher Artikel zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Es liegen ferner zum Verkauf **billig** aus:

Bett-Kattune u. Satins

nur erstklassige Fabrikate
Meter zu **22, 30, 35, 42, 48, 50** Pfg.

Pelz-Piqué

Meter zu **38, 45, 53, 60, 72, 85** Pfg.

Hemdentuche

nur in prima Qualitäten und Bleiche,
80 cm breit, Meter **28, 33, 36, 45, 50** Pfg.

Kleider-Siamosen

Kleid 6 Meter

zu **1.80, 2.65, 3.30, 3.90**

Schürzen-Siamosen

140 cm breit, zu **58, 65, 85** Pfg.

Damaste, weiß und rot
Hemdentuche in 130 und 160 cm Breite
prima Qualitäten, enorm billig.

Geblichte Croisés

Meter **36, 45, 50, 53, 60** Pfg.

Ungebleichte Barchende

zu **28, 36, 45, 50** Pfg.

Kleiderbarchende

in großer Auswahl,
Kleid 6 Meter zu **1.80, 2.40, 3.30**

Handtücher

abgepaßt, 100 cm, 25 Pfg.

Küchentücher

rot kariert u. weiß, z. 15, 20, 25, 30 Pfg.

Jacquard-Zischtücher

zu **1.15, 1.55, 2.35**

Tischdecken

zu **1.00, 1.35, 1.70, 2.00, 2.35, 2.80**

Bettücher u. Schlafdecken

In meinem **Inventur-Verkauf** sind die Preise für **Leinen und Baumwollwaren** ermässigt und die **jetzigen billigeren Preise** auf der **Rückseite der Etiketts** mit **Blauatift** deutlich vermerkt.

Daher die **günstigste Gelegenheit** beim Einkauf **sämtlicher Aussteuerartikel.**

Bielefeld,
Obernstr. 35.

Heinr. Kirz

Gegenüber der
kath. Kirche.

Die Entartung im Geschlechtsleben

Ueber dieses Thema wird am
Freitag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Indiesterl**, Bürgerweg 14,
der Schriftsteller **Paul Schirmmeister-Berlin**

einen **öffentlichen Vortrag** halten.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Naturheilverein.
Einticketkarten für Nichtmitglieder **40 Pfg.** sind schon
jetzt im „Reformgeschäft“, Bahnhofstraße, zu haben.

Geschäfts-Übernahme!

Hierdurch teile ich mit, daß ich die bisher von Herrn **Carl Blome**
geführte

Schenkwirtschaft
„Zur guten Quelle“

käuflich erworben und übernommen habe. — Ich halte meine Lokalitäten
allen Besuchern, Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen.
Für Hochzeiten u. Versammlungen schön eingerichtete Säle.
Gut gepflegte Biere. — Saubere Bedienung.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Hannemann,
Restaurant „Zur guten Quelle“,
Weberstraße 5.

417



Halte den geehrten
Bewohnern von
Sieker u. Umgegend
mein

Sarg-Magazin

sämtliche Bedarfartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern
ausgestatteten **Leichenwagen** bestens empfohlen

Adolf Kley, Sieker, bei Schule III.

123

Bielefeld. — Kaiserstrasse.

Zirkus

Adolf Strassburger.

Gente, Freitag, den 22. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Grosser Elite-Abend.

Gala-Programm

Gala-Kostüme

Gala-Geschirre

Gala-Requisiten.

Sonnabend, den 23. Januar 1909:

2 Pracht-Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr:

2. Kinder- und Familien-Vorstellung

mit einem ungefüzten Abend-Programm.

Kinder unter 10 Jahren und Militär vom Feldwebel abwärts
zahlen halbe Preise.

Abends 8 1/2 Uhr: **Grand Jour vitesse.**

437

Passage-Theater Herford.

PROGRAMM.

Die Blumenfee.

Herrlich koloriert.

Der Lebensweg. Spannendes Drama.

Im Kohlsack. Humoristisch.

Verwegene Diebe. Humoristisch.

Die Stimme des Herzens. Dramatisch.

Biwakfreunden. Interessant.

Der kurierte Liebhaber. Humoristisch.

Abends nach 7 Uhr außerdem interessante Einlagen u. a.:
Wasserfälle in den italien. Alpen.

Jedes Bild ein Schlager!

Am Sonnabend von 5 Uhr an Familien-Vorstellung mit
aussergewöhnlich reichhaltigem Programm. In dieser Vorstellung
hat jeder Erwachsene ein Kind frei.

Zum Besuch unserer Vorstellungen ladet ein
Die Direktion.

433

Stadttheater.

Sonnabend, den 23. Januar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:

Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die versunkene Glocke.

Sonntag, den 24. Januar 1909,
abends 7 Uhr:

Madame Sans-Gêne

Montag, den 25. Januar 1909,
abends 8 Uhr:

— Erhöhte Preise! —

Einmaliges Gastspiel des hiesigen
Theaters aus Berlin.

(Internationale Tournee Maria
Rehöff mit eigenem Ensemble).

Die stillen Stuben.

Helga Maria Rehöff.

431

Hochzeits-Einladungen

fertigt schnell und sauber an
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Diese Woche wieder

gutes Rindfleisch

Pfund 60 Pfg.

Kalb- u. Schweinefleisch

zu billigen Preisen.

Verschiedene Wurst-

waren und Aufschnitt

empfehlen

Fritz Ellenbeck,

Meckgermeister,

Herford

Lübberstr. 24. Telefon 417.

43670

Am Mittwoch morgen 5 1/2 Uhr starb nach langem, schweren
Leiden im 22. Lebensjahre unser lieber Sohn und Bruder

Gustav Schwabedissen.

Um stillen Beileid bitte

Die trauernde Familie.

Stiegfort, den 20. Januar 1909.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 Uhr,
vom Krankenhaus Herpen nach dem Friedhof in Sieker statt.

431

Godes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 20. Januar, vormittags 3 1/2 Uhr,
verschied nach kurzem Leiden unser treuer Mitarbeiter

Karl Polikeit

im fast vollendeten 53. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Arbeiter der Firma A. & Th. Müller

Abteilung Gefellschmiede.

Die Beerdigung findet Sonnabend, 23. Jan., nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Brackweide, Kaiserstraße 177c,
aus statt

420

Mr. 18.

Deutsch

189. Sitzung vom Mitt

Am Bundesratssitz:

Auf der Tagesordn

tag baldigt den Entwur

des das Vertragsverh

wirtschaftlichen

das Vertragsverhältnis

regelt wird, welche 1.

haben, welche Strafbelli

lassen der Arbeit oder

am oder Widerpenitig

enthalten, welche 2. den

trieben beschäftigten Ar

wahren, zur Wahrung u

einigungen zu bilden u

reichsgelehrliche Kranke

ländlichen Arbeiter ein

Arbeit so regeln, wie es

boie der Sittlichkeit, d

beiter und ihr Ansp

fordern.

Abg. Stadthage

wurde eine Resolution

liche Regelung aller d

wirtschaftlichen Betrieb

sind, verlangt. In d

meinen Freunden ein

schaffen. Die Freisinn

Die Verhältnisse auf d

ländlichen Arbeiter un

übernommen. Sie stel

der modernen Entwid

feindlicher Bestimmung

Punkte herausgegriffe

bedürfen. Daß auf ei

gang und gabe sind, un

Nacht der Arbeiter ver

zu. Sind doch in den

mungen enthalten, die

bruch der Junker bed

Junter, der den Vertr

Arbeiter aber wird m

oder widerpenitig ist

unsicherheit ist eine

Kategorien von Arbe

kann sich wohl auf de

bestraft werden muß.

er nur bei einer best

einer bestimmten Kl

Wie kann das Reich

gehe, solche Ungleich

es bei dem Vereinsge

die kompakte reaktio

zu haben war. Ange

diese Ungerechtigkeit

v. d. Soz.) Die Ver

duktie ist eine bedeute

Arbeiter noch immer

innere das Zentrum

horst sich klar ausgep

tionstheorie haben m

geordnetenhaus und

Grundjahren Ihrer

(Just. v. d. Soz.) Di

in Preußen auch in

gehe für ländliche

schweig, Mecklenburg

nicht die Frage aus

durch Reichsgesetz au

in einer Art gehan

ständig vor der Gesa

weigert, gegen seine

lichkeit zu handeln. (S

wissen, daß agrarisch

20. Jahrg.

Wenn man kein einziges Beispiel gesehen hat

etwa hundert
In 33 Fällen
Mit ihnen be-
die im Sinne
erzu gehört die
von jeder Ver-
machen. Sie
sich die Be-
wichtig. In die
ganzen drei
ist nur ein
st. In dieser
fälle erschöpf-
ausreichlichem
und Antwort
eslau erwänt.
weilhaft poli-
atte. Als die
ge zu sprechen
en, und fragte
abre alt seien
vergebens ver-
umstellungen zu
Bestimmungen
ten, daß man
reinschleichen
der Polizei-
umlungen des
be behandelt.
altungsgericht,
daß die Ver-
re, aber offen
re anzuerkennen
machen? Ich
die Parteien
dauernd das
lamentarische
Das Vereins-
t. (Reb. Ru-
en und Soy.)
al gehandhabt
ir werde ich,
rabo! bei den
ische Staats-
Schub. In
Sturm. Ge-
staltur müßte
Schamgefühl
sprechung der
er Polen, der
aber sofort
Januar.
Vorstände
welder befragt,
antwörtet sind
ntrag n i c h t
chein erwidert
ein Drud
e.
hierzu: In
den Blättern
abalarbeiter-
einbringen.
ein Teil der
en, daß
der Tabak-
sejam t e n
hier ohne
Organisation
haben, nur,
n. — Nach
bezeichnete,
et.
die schäd-
t. Begreif-
is, die be-
und unter
des drohen-
der Steuer
ange Kreise
ner, welche
en können.
ode tagen.
nicht Zeit.
taue Gleich
immerpolles
s Wild aus
zu können,
ge Redner
nen.
erfahrungen
effern und
Klang der
ht heraus-
ungskampf
er jetzt die
wolle An-
abwehren, in
diesem
eloge ein-
Anfrage
Bewährung
denkt der
ber an die
nir nicht
die not-
is.
er hervor-
entral-
geordnete
noch im
de zu be-
verpflicht
kommen.
ter Pro-
benfalls
enommen
nroalung
schieden-
en. Als
Bordnung
n ausge-
tigt nur
Arbeiter
der grund-
ur gegen
geordnete
en durch

Handschlag versprochen, gegen Erhöhung der Tabaksteuer einzutreten. Im Gegenzug dazu habe Herr Trimborn jetzt erklärt, diesmal müsse der Tabak bluten, das sei die Stimmung der Zentrumsfraktion. Die Zahl der Tabakarbeiter sei allerdings so gering, daß Herr Trimborn für seine Wahl nichts von ihnen zu befürchten habe.

Aus Baden wurde berichtet, daß sich auch die dortigen Tabakarbeiter der Protestbewegung angeschlossen haben. Ein Bremer Delegierter bemerkte, der Reichstagsabgeordnete Hermann habe in einer liberalen Wählerversammlung in Bremen erklärt, er habe kürzlich von Herrn Blome eine Einladung zu einer Tabakarbeiterversammlung erhalten, er habe die Einladung nicht beantwortet, auch die Versammlung nicht besucht, derartige Versammlungen seien immer tendenziös, deshalb erkläre er ein für allemal, daß er Einladungen von jener Seite ganz einfach ignoriere.

Am Ende der Vormittags-Sitzung wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Sodann machte der Vorsitzende Börsner auf jene alarmierende Zeitungsnote aufmerksam, wonach am Montag nachmittag von Tabakararbeitern ein Demonstrationsszug veranstaltet worden sein soll. Er wies darauf hin, daß die Delegierten der Tabakarbeiterchaft am Montag nachmittag auf ihrem Kongreß waren, und erklärte, daß sie durchaus nicht gewillt wären, ihre Knochen der Polizei preiszugeben.

In der Nachmittags-Sitzung hielt der Referent v. Elm sein Schlußwort. Er sagte nochmals zusammen, was sich aus der eingehenden Debatte ergeben hatte. Als die Regierung im Jahre 1879 die Tabakarbeiter mit dem Steuerdruck belastete, diente ihr das Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie dazu, die Opposition der Arbeiter mundtot zu machen. Bei Ertrag der Zigarettensteuer gab es zwar kein Sozialistengesetz, aber doch ein Gesetz, auf Grund dessen man lästige Ausländer ausweisen konnte. Dieses Gesetz wurde benutzt, um aus Berlin 500 bis 600 russische Zigarettenarbeiter auszuweisen. Auf diese Weise glaubte die Regierung zu beweisen, daß die Zigarettensteuer keine Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt habe. Sie hatte ja die Zahl der Arbeiter dadurch vermindert, daß sie die russischen Arbeiter, die zum Teil den Hentern des Rates entronnen waren, den Hentern ausliefern. Auch heute ist die Situation derjenigen von 1879 sehr ähnlich. Neue Steuerbelastungen, und dazu hat ja Kautzky bereits ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie in Aussicht gestellt. Wie damals, so wird auch jetzt wieder hinter den Kulissen gearbeitet, um die Steuererhöhung durchzuführen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch die einflussreichen Fabrikanten dieses Spiel hinter den Kulissen mitmachen. Man sieht sie im Reichstage herumstreifen. Die Abgeordneten, welche früher grundförmig gegen Erhöhung der Tabaksteuer auftraten, jetzt aber eine solche befürworten, obgleich die Gründe, welche dagegen sprechen, noch heute bestehen, haben ihre Grundzüge von früher aufgegeben und damit die Existenz von Zehntausenden von Tabakarbeitern auf dem „Altar des Vaterlandes“ geopfert. Ist denn bei diesen Herren die Scham zu den Hunden entflohen? Schämten sie sich nicht, arme Krüppel brotlos zu machen, Tausende dem Hungertode zu überantworten? Ja, viele unserer Kollegen werden nicht warten, bis sie Hungers sterben. Sie schämen sich, betteln zu gehen, sie verabscheuen es, Armenunterstützung zu nehmen und werden deshalb freiwillig den Tod suchen, anstatt langsam zu verhungern. Solche Fälle habe ich nach der schweren Belastung von 1879 erlebt, solche Fälle werden sich auch jetzt wieder ereignen. Sorgen wir dafür, daß auch die Reichstagswähler über die Wirkung der Steuerpläne aufgeklärt werden, damit solche Abgeordnete, welche kein Herz oder Verstandnis für die Interessen des Volkes haben, nicht wiedergewählt werden. Dieser Kongreß vertritt 168 000 Tabakarbeiter. Wenn sie alle organisiert wären, könnten wir mehr für ihre Interessen erreichen wie jetzt, wo noch ein großer Teil derselben der Organisation fernsteht. Darum wollen wir diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um die Tabakarbeiter daran zu erinnern, daß sie nur im Zusammenhange mit ihren Kollegen und im Zusammenhange mit der großen kämpfenden Arbeiterchaft Deutschlands ihre Interessen wirksam vertreten können. Nur der verbündete Arbeiter und das Leben, der täglich die grobsten Kämpfe führen wir bis zum letzten Augenblicke, um das Unheil, welches uns droht, von uns abzuwenden. Durch Kampf zum Sieg! Soll unsere Lösung sein. Darum rufen wir den gesamten Tabakarbeiter zu: Ihr müßt für eure Interessen kämpfen in der großen Armee des kämpfenden Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf nahm der Kongreß einstimmig die nachstehende Resolution an:

Der vom 18. bis 20. Januar in Berlin im Gewerkschaftshause tagende Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands und der in den Hilfsindustrien der Tabakarbranche beschäftigten Arbeiter, auf welchem durch 345 Delegierte aus 758 Orten 168 245 Arbeiter vertreten sind, erkläre in der von der Regierung vorgelegenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie.

Nach den Erfahrungen in anderen Ländern hat dort die Bausekretäre die Entwicklung der Industrie gehemmt; in Rußland sind von einer Zigarettenindustrie überhaupt kaum bemerkenswerte Anfänge vorhanden; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Industrie in ihrer Entwicklung gegenüber Deutschland um circa 30 Prozent zurückgeblieben. Bei der von der Regierung vorgelegenen Prognose weit höheren Belastung der Industrie als in Amerika müßte die Wirkung, namentlich in der jetzigen Periode der Krisis, für die Arbeiter eine furchtbare sein.

Der Tabakarbeiterkongreß spricht sich auch mit derselben Entschiedenheit gegen eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Rohstoff und der Inlandsteuer aus. Die Wirkungen einer Zoll- und Steuererhöhung in irgendeiner Form würden für die Arbeiter der Industrie genau so schlimm sein, wie bei Einführung der Vandalensteuer.

Da der Tabak kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel ist, würde sich eine Mehrbelastung der Industrie durch eine Zoll- und Steuererhöhung weit mehr noch, als dies bei Nahrungsmitteln der Fall ist, in einem Rückgang des Konsums geltend machen.

Genau, wie nach der Zollerhöhung von 1879, würden wiederum Zehntausende von Arbeitern brotlos gemacht werden; die in Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei vermindelter Arbeitszeit arbeiten und könnten sich eines Lohnbruders, der durch das enorme Angebot von Arbeitslosen begünstigt würde, nicht erwehren. Die Zollerhöhung von 1879 hat dazu geführt, daß die Arbeiter nicht imstande waren, sich, wie die übrigen Arbeiter Deutschlands, einen auskömmlichen Lohn für ihre gesundheitsgefährliche Arbeit zu erringen.

Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblichen Berufsvereinigungen betrug der Verdienst eines Hollarbeiters im Jahre 1906 1027,59 Mk. Dagegen erreichte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Hollarbeiters in der Tabak- und Zigarettenindustrie nur die Höhe von 574,75 Mk., d. h. die Tabakarbeiter sind um 44 Prozent ungünstiger gestellt als die übrigen Arbeiter Deutschlands. Von dem Segen der letzten Hochkonjunktur haben die Tabakarbeiter wenig zu fassen bekommen — für das Jahr 1900 betrug nämlich der Durchschnittsverdienst eines Hollarbeiters im allgemeinen 846,59 Mk., der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters 541,08 Mk.

Während sich in der Periode der Hochkonjunktur der Industrie der Durchschnittsverdienst im allgemeinen um 131 Mk. pro Arbeiter steigerte, stieg er bei den Tabakarbeitern nur um 33,67 Mk.

Bei den so außerordentlich trüben Erwerbsverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem aber angesichts der in der Tabakindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, die in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Härte sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Vandalensteuer oder irgendeiner anderen Zoll- und Steuererhöhung anstehend große Arbeitslosigkeit für diese armen Arbeiter bewirken und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Erwerbsverhältnisse beitragen würde.

Der Tabakarbeiterkongreß erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird.

Schließlich richtet der Tabakarbeiterkongreß an die deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat und an den Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie tätigen circa 200 000 Arbeiter die Tabakindustrie vor den fortgesetzten Benutzungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren.

Der Tabakarbeiterkongreß protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die wie oben nachgewiesen, zu den mit am schlechtest entlohten Arbeitern gehören, noch eben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des Reiches beitragen, wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Existenz bringen sollen.

Ebenso wurde, nach kurzer Begründung durch den Delegierten Kaszuba, ein Antrag der Tabakarbeiterchaft von Halle a. S. angenommen, der besagt, daß, falls eine neue Tabaksteuer, ganz gleich, in welcher Form, im Reichstage beschloffen wird und Gesetzeskraft erlangt, die Reichsregierung ersucht werden soll, dafür zu sorgen, daß die Tausenden von Arbeitern, die dadurch zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, aus Staatsmitteln so lange entschädigt werden, bis sie in einem anderen Betrieb Unterhalt finden.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands sowie die Ortskommissionen auch in Zukunft weiter bestehen zu lassen.

Die Verhandlungen des Kongresses sind beendet. — Der Vorsitzende Börsner warf einen Mißstand auf das Ergebnis der Beratungen und legte den Delegierten nahe, daraus den Schluß zu ziehen, daß nicht das einmalige Zusammenhaken auf diesem Kongreß, sondern nur das dauernde Zusammenhaken in der Organisation ein wirksames Mittel zur Vertretung der Arbeiterinteressen ist. Der Vorsitzende schloß den Kongreß mit einem Hoch auf die Agitation und Organisation gegen die Tabaksteuer-vorlage.

Parteinachrichten.

Ein originaler Kirchenstreit ist in Nürnberg ausgebrochen. Bei den letzten Gemeindevahlen wurde u. a. auch der Genosse Treu, Sekretär des sozialdemokratischen Vereins, in den Magistrat gewählt. Beim Eintritt in diese Körperschaft wurden ihm die Verordnungen des ausgetretenen freijünglichen Magistratsrats Hofmann zugewiesen, darunter auch die Vertretung der Stadt in der katholischen Kirchenverwaltung. Dieses Amt hat mit religiösen Dingen nichts zu tun, es ist durch geistliche Vorherrschaft begründet und hat lediglich den Zweck, die Interessen der Stadt gegenüber der Kirchenverwaltung wahrzunehmen. Die katholische Geistlichkeit hat sich aber schon von jeher bemüht, der Vertretung einen konfessionellen Anstrich zu geben, und verlangt, daß nur ein Magistratsrat katholischer Konfession enselben werde. Da im Magistrat kein einziger Katholik war, wurde der Vorwand lange durch einen Protestanten verwaltet, bis Hofmann gewählt wurde, der Katholik ist. Durch das Ausgehen Hofmanns ist nun die Streiffrage wieder aufgerollt. Genosse Treu ist zwar von Geburt Katholik, aber das Bismarck hat zu seiner konfessionellen Tätigkeit kein rechtes Zutrauen, weshalb es gegen seine Entsendung Protest erhob, wegen der kirchenfeindlichen Stellung Treus. Der Magistrat wies den Protest zurück mit der Erklärung, daß es auf die Konfession überhaupt nicht ankomme. Das Bismarck hat diese Entscheidung bei der Regierung angefochten, weil sie gegen das Religionsbitt verstoße.

Vom Straßburger Kreis. Genosse Fleißner, Dresden wurde von der örtlichen Strafkammer zu 900 Mk. Strafe verurteilt wegen Vergehens gegen den § 21 des Preßgesetzes (Zahrlässigkeit). Es handelt sich um den Artikel: „Uniformierte Beisten“. In der ersten Verhandlung des Landgerichts erhielt Genosse Fleißner 6 Monate Gefängnis. Darauf verwies das Reichsgericht die Sache zurück. In der zweiten Verhandlung wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt. Gegen dieses Urteil wurde wieder Reichsgerichtsschuldung beantragt und diesmal erhielt Fleißner 900 Mk. Geldstrafe. — Wegen Verleumdung des preussischen Offiziers- und Unteroffizierskorps, begangen durch den Abdruck des bekannten „Schinderhans“-Artikels aus dem „Vorwärts“ wurde der Genosse Peter Verten als verantwortlicher Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu 500 Mk. Geldstrafe, eventuell für 10 Mk. je 1 Tag Gefängnis, verurteilt. — Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Personalien. Der erkrankte Genosse Wg. Goldstein sollte in das Sanatorium Kreisch übergeführt werden. Er erlitt jedoch einen neuen schweren Schlaganfall, so daß er wieder aus Krankenlager zurückgebracht werden mußte.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Regierung als Lohnrückerin. Wie wir schon meldeten, hat auch die preussische Landesverwaltung nun ihre Sozialpolitik nach dem Spar-Messers des Fürsten Bismarck eingerichtet und zunächst einmal für die Verringerung der Gehälter um 10 bis 15 Prozent die Hälfte niedrigerer Preise als bisher angelegt. Der „Erfolg“ dieser Maßnahme ist, daß die Fabrikation aus den bisherigen Fabrikationsorten nach den Gebieten der Heimarbeit mit rüstungslosen Arbeitsbedingungen gedrängt wird. Das beruht auf der Zwischenmeisterstellung mit allen Schäden der Heimindustrie droht in die Geschloßfabrikation einzubringen. In den verschiedenen für die Heimindustrie hauptsächlich in Betracht kommenden Distrikten haben nur die organisierten Vorkmacher öffentliche Versammlungen abgehalten, um gegen diese Lohnrückerei Stellung zu nehmen. Man beschloß eine Eingabe an die Landesverwaltung, in der gefordert wird, neben der Verpflichtung zur tarifmäßigen Bezahlung das Ausmaß der Zwischenmeister in die Verringerungsbedingungen aufzunehmen.

Durch die Preisrückerei der Regierung hat die Korbwarenfabrik J. W. W. Weimann, Hamburg, bereits Lohnreduktionen vorgenommen. Sämtliche 80 Korbmacher haben deshalb am Montag die Arbeit eingestellt. Hamburg ist aus diesem Grunde von den Korbmachern zu meiden.

Die Errichtung eines Gewerkschaftshauses beschlossen am Montag die Gewerkschaften der Stadt Oldenburg. Es soll für das Unternehmen eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht und einem Geschäftsanteil und Kapital von 10 Mk. gebildet werden, bei welcher es den einzelnen Genossen freisteht, auch mehrere Geschäftsanteile zu übernehmen. Zur Aufbringung der Mittel sollen ferner Hausanteile herausgegeben werden. Die Eingahlung auf die Geschäftsanteile und Hausanteile kann, sofern nicht der Gesamtbeitrag bar eingezahlt wird, ratenweise erfolgen und werden für diesen Zweck Zinsen ausbezogen. Das Gewerkschaftshaus soll Räumlichkeiten für die Gewerkschaftsversammlungen bieten, angenehme Aufenthaltsräume den Fremden geben, die Zentralbibliothek mit einem Lesesaal aufnehmen und Restaurationsräume enthalten, wie sie den modernen Anforderungen entsprechen.

Wie man mit kräftigen Gelenken umspringt, zeigt ein Vorkommnis, das sich nach dem „Vorwärts“ in der Abteilung Ländlicher Platz der Siemenswerke in Berlin zutrug. Ein dort beschäftigter Arbeiter hatte dem immerwährenden bekannten jankten Druck nachgegeben und war mit einer größeren Anzahl dort ebenfalls beschäftigter Leute Mittels des sogenannten „Unterstützungsvereins“, d. h. der gelben Organisation geworden. Der Mann hatte nun das Unglück, krank zu werden. Am Sonnabendabend aber, an demselben Tage, an dem er sich den Krankenurlaub geholt hatte, wurde er entlassen! Als er nun zu dem Kassierer des jenen „Unterstützungsvereins“ kommt, wird dem Mann, der sich vor der Entlassung krank gemeldet hat, rundweg die Unterstützung verweigert, obgleich seine Unterstützungs-

bedürftigkeit zweifellos schon zu einer Zeit eingetreten ist, wo er noch im Arbeitsverhältnis stand! Das Statut des jenen Unterstützungsvereins berechtigt ja dazu! In der Tat, eine tollere Dämonierung der Arbeiterchaft, als durch diese gelben Unterstützungsvereine, ist nicht denkbar.

Gegen Verleumdung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes hatte sich der frühere Sekretär des Bergarbeiter-Rechtschutzbureaus, Spaniol in Oberhausen, am Mittwoch vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Spaniol hatte u. a. in öffentlicher Versammlung den Vorstand beschuldigt, sich der denkbaren ehrlosesten Handlungen schuldig gemacht zu haben. So habe der Vorstand z. B. den Beamten beim letzten großen Bergarbeiterstreik Revolver gestellt, um eventuell die Unterstützung der streikenden Streikenden mit blauen Bohnen zu füttern. Der Verbandskassierer Horn habe ein Konto von 10 000 Mk. gehabt. Bei seiner — Spaniols — Entlassung und der Entlassung eines anderen Sekretärs habe der Vorstand rüchichtslos gehandelt, wie die Rechnungsbücher u. s. w. Die Beweisführung ergab die Haltlosigkeit aller Beschuldigungen. — Der Verbandskassierer Horn hatte gegen sich selbst Strafantrag gestellt und legte den Vorwurf der Staatsanwaltschaft vor, worin erklärt wird, daß die Einleitung eines Strafverfahrens wegen der angeblichen Unterschlagung als grundlos abgelehnt worden sei. Das Urteil lautete auf 50 Mk. Geldstrafe. Spaniol hatte gegen den Vorliegenden Sachse Widerklage erhoben wegen der Angriffe, die dieser aus Anlaß der Ausführungen Spaniols gegen diesen gerichtet. Sachse wurde zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Gegen vierzig bürgerliche Blätter, welche die Verleumdung Spaniols gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes weiterbreitet hatten, ist gleichfalls Klage erhoben worden.

Wahregelung von Grubenbeamten Auf Zechen „Vorwärts“ bei Bochum wurden gestern sämtliche Steiger entlassen; die Zechenarbeiter verließen den Steigerdienst. Auf Grube „Saar und Mosel“ in Merkenbach bei Saarbrücken wurde der Direktor Boelcke entlassen und auf die schwarze Liste gesetzt.

Der Streik in der Schuhfabrik Wolf in Mainz ist beigelegt.

Schiffverheerung. Madrid, 21. Jan. Die hiesigen Schiffsheer sind in den Ausstand getreten, ebenso das Personal der königlichen „Gazette“.

Geschiedliches.

** Bielefeld, 19. Januar. Strafkammer. In den Nächten zum 7., 11. und 12. August vorigen Jahres wurden bei dem Wertmeister Wehmeyer zu Bielefeld aus der Werkstatt mehrere Kupfer- und Nickelplatten von bedeutendem Werte gestohlen und zwar mittels Einbruchs. Außerdem waren den Dieben noch ein Ende Postlabel und eine Anzahl Weisungsbücher in die Hände gefallen. Es gelang, der Polizei, den Dieben auf die Spur zu kommen und sie zu verhaften. Heute hatten sich dieselben, fünf an der Zahl, vor der Strafkammer zu verantworten. Der erste derselben, der mehrfach vorbestrafte Schlosser Emil Werner von hier, wurde wegen schweren Diebstahls in einem Falle und zwei einfacher Diebstahle im wiederholten Rückfall und Hehlerei zu 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und wegen Mordbrandes zu 2 Wochen Haft verurteilt. Der mitangeklagte Arbeiter Ernst Torunski von hier erhielt wegen eines schweren und zwei einfacher Diebstahle vier Monate Gefängnis, der Arbeiter August Nieberg von hier wegen schweren Diebstahls und Hehlerei 2 Monate und 2 Wochen Gefängnis, der Arbeiter Heinrich Lebrin von hier wegen einfachen Diebstahls 6 Wochen Gefängnis, der Arbeiter Gustav Controff von hier wegen Hehlerei einen Monat Gefängnis. Den drei ersten wurde je 1 Monat, dem Lebrin 3 Wochen von der Untersuchungsanstalt in Inrodingen gebracht, während Controff die ganze Strafe verbüßt hat. Alle Angeklagten wurden bis auf Werner auf freien Fuß gesetzt.

Der Landarbeiter Paul Börmann von hier, mehrerer wegen Gewaltthaten verurteilt, war vom hiesigen Schöffengericht wegen Verübung groben Unfalls mit zwei Tagen Haft und wegen Gefangeneneubereitung mit sechs Wochen Gefängnis bestraft, wogegen er Verurteilung eingelegt hatte. Auf Grund der erneuten und erweiterten Beweisführung wurde die Verurteilung von der Strafkammer verworfen.

In der Nacht zum 13. Januar vorigen Jahres wurden auf der hiesigen Deimolberstraße zwei friedlich des Weges kommende Personen von einer Anzahl angetrunkenen Burken angehalten und von zwei derselben mit Gehstöcken in roher Weise über den Kopf geschlagen. Eine andere Person wurde unter Drohungen gezwungen, Geld für einen halben Liter Schnaps herzugeben. Das hiesige Schöffengericht hatte einen der Missetäter, den Arbeiter Hermann Lütkehöfer von Sieghorst, der schon einmal wegen Körperverletzung mit zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt, wogegen derselbe das Verurteilungsgericht anrufen hatte. Die Strafkammer stellte den Tatbestand der ersten Instanz fest, rechnete dem Angeklagten auf seine Strafe einen Monat und eine Woche Untersuchungsanstalt an, erkannte jedoch im übrigen auf Verwerfung der Verurteilung.

Der Arbeiter Wilhelm Bredemeier von Minden, zurzeit in Untersuchungsanstalt, vielfach und namentlich wegen Betruges verurteilt, ist am 17. August v. J. bei dem Kaufmann Richter in Minden erschienen und hat sich dort unter der Angabe, seine Ehefrau sei im Kindbett und er sei Geiziger bei der Wollerei zu Bielefeld, für 750 Mk. Krankenrente und eine flache Büxer erwidert. Da er zurzeit noch eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, hat das Schöffengericht zu Minden am 10. Dezember v. J. gegen den Angeklagten wegen des Betruges auf eine Zuchthausstrafe von drei Monaten Gefängnis erkannt. Wegen dieses Urteils war von seiten des Angeklagten Verurteilung eingelegt. Die Strafkammer ermäßigte die Strafe auf zwei Monate Gefängnis.

Vor dem Schöffengericht zu Deynhoven hatten sich am 4. November v. J. der Schultheiße Hermann Niemer von Rehme wegen Diebstahls an Zigarren und der Arbeiter Friedrich W. Hoff von Rehme wegen Hehlerei zu verantworten. Der verurteilte Niemer kam heute nicht weiter in Betracht, wohl aber der Angeklagte Hoff, der vom Schöffengericht zu Deynhoven wegen Hehlerei zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden war und Verurteilung eingelegt hatte. Er bestritt heute, den Knaben zu den Zigarrendiebstählen verleitet und die Zigarren ausnahmsweise billig angekauft zu haben, weil man in dortiger Gegend die Zigarren von den Zigarrenarbeitern ebenso billig kaufen könne. Der Strafkammer reichte die Beweisführung nicht aus, den Angeklagten für überführt zu erachten. Es wurde deshalb das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Vermischtes.

Von der Luftschiffahrt. Berlin, 21. Jan. Das Militär-Luftschiff machte heute seinen ersten Aufstieg in diesem Jahre, um eine einstündige Übungsfahrt zu unternehmen. Bei leichtem Nordostwind von 2 bis 3 Meter erhob sich der Ballon um 11 Uhr 20 Minuten vom Regler Schießplatz, um alsbald die Richtung nach Spandau einzuschlagen. Das Fahrzeug, das in einer Höhe von 200 Meter manövierte, kehrte gegen 12 Uhr, nachdem es eine Rundfahrt über Spandau und Charlottenburg gemacht hatte, zum Schießplatz zurück, wo es glatt landete. Nachmittags werden die Aufstiege fortgesetzt.

Ein Bürgermeister ermordet. Marienburg, 21. Januar. Der zweite hiesige Bürgermeister, Dr. Kunze, befand sich gestern nachmittag auf seinem Bureau im Rathaus, als sich bei ihm der 34-jährige Ordenswalde Deim melden ließ, um von ihm, wie er sagte, eine Unterstützung zu erbitten. Kaum hatte er das Zimmer betreten, als er ein langes, spitzes Küchenmesser hervorbrachte und sich auf den überraschten und nichtabwendenden Bürgermeister stürzte, dem er unterhalb des rechten Auges eine tiefe Stichwunde beibrachte. Dr. Kunze wurde nach dem Kranten-

